

# LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

55. Jahrgang · 18. Wahlperiode · Ausgabe 3 · 22. Mai 2024

## Plenum

Die Angriffe auf Politikerinnen und Politiker, die Haushaltspolitik und der Kampf gegen politischen Extremismus – diese und weitere Themen haben den Landtag im April und Mai beschäftigt. S. 3-11

## Europawahl

Die EU als „gigantisches Friedensprojekt“: Das Präsidium des Landtags ruft die Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme an der Europawahl auf. Diese Wahl werde „richtungsweisend“ sein. S. 12

## Virtueller Landtag

Auch wer nicht nach Düsseldorf kommen kann, hat viele Möglichkeiten, den Landtag zu erkunden und sich über die Arbeit der Abgeordneten und die parlamentarische Demokratie zu informieren. S. 16

## Engel der Kulturen

Noch bis Ende Juni sind vor dem Landtag zwei Skulpturen zum Kunstprojekt „Engel der Kulturen“ zu sehen. Das Projekt steht seit 2008 für den interreligiösen und interkulturellen Dialog. S. 20



## Später in den Ruhestand? Diskussion um Altersgrenze

# INHALT



Foto: Schälte

## Feuerwehr und Ruhestand

<u>Anhörung zu möglicher Anhebung der Altersgrenze</u> .....	S. 13
<u>Standpunkte</u> .....	S. 14

## Plenum

<u>Gegen Hass, gegen Gewalt</u>	S. 3
<u>Meldungen</u> .....	S. 4
<u>Belastungen in der Justiz</u> ....	S. 7
<u>Wenn das Geld knapper wird</u> .....	S. 8
<u>Extremismus bekämpfen, Demokratie schützen</u> .....	S. 9
<u>Korruptionsverdacht nach Razzia</u> .....	S. 10
<u>Vorbereitung auf den Ganzttag</u> .....	S. 11

## Forum

<u>Europawahl: „Deine Stimme für Demokratie“</u> .....	S. 12
<b>Forum</b>	
<u>Serie: Virtuelle Angebote des Landtags</u> .....	S. 16
<u>Aus den Fraktionen</u> .....	S. 18
<b>Forum</b>	
<u>„Engel der Kulturen“</u> .....	S. 20
<u>Gesetzgebung</u> .....	S. 22
<b>Porträt</b>	
<u>Marcel Hafke (FDP)</u> .....	S. 23
<u>Kurz notiert</u> .....	S. 24

## Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2129 (montags bis freitags, 9 bis 13 Uhr), [landtag-intern@landtag.nrw.de](mailto:landtag-intern@landtag.nrw.de)

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

**Herausgeber:** Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion (red):** Wibke Busch (wib, Vi.S.d.P.), Michael Zabka (zab), Thomas Becker (tob), Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2064 (sow), 884-2309 (bs), [landtag-intern@landtag.nrw.de](mailto:landtag-intern@landtag.nrw.de)

**Redaktionsbeirat:** Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Ina Blumenthal (SPD), Mehrdad Mostofizadeh (Grüne), Marcel Hafke (FDP), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Arne Lieb (Grüne), Tobias Havers (FDP), Kris Schnappertz (AfD).

Redaktionschluss: Freitag, 17. Mai 2024, 12 Uhr  
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten. Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind nicht zulässig. Die Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fraktion.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Abgeordneten oder Wahlbewerberinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zweck der Wahlwerbung – ist unzulässig.

**Auflage:** 30.000

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · [www.dehaar.de](http://www.dehaar.de)

**Herstellung und Versand:** reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

**Internet-Adressen:** [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de), [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

**Landtag Intern** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

**Weitere Hinweise**

[www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de)



# Gegen Hass, gegen Gewalt

15. Mai 2024 – Es passiert im Umfeld von Parteiveranstaltungen, beim Plakatekleben, beim Wahlkampf in den Fußgängerzonen und auch, wenn sie privat unterwegs sind: Politikerinnen und Politiker werden beleidigt, beschimpft, bedroht und körperlich attackiert. Der Landtag hat in einer Aktuellen Stunde über die Zunahme der Angriffe diskutiert.



Zwei Anträge lagen der Aktuellen Stunde zu Grunde – ein gemeinsamer der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP ([18/9227](#)) sowie ein weiterer von der AfD-Fraktion ([18/9228](#)).

CDU, SPD, Grünen und FDP schreiben von einer erschreckenden Entwicklung: „Wir können nicht zulassen, dass Menschen, die sich für unsere Demokratie einsetzen, zur Zielscheibe werden.“ Es handle sich nicht nur um Angriffe gegen die Person, sondern auch gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. „Als Demokratinnen und Demokraten müssen wir die Täterinnen und Täter klar benennen und als Staat unmissverständliche Antworten geben. Wir werden Gewalt in keiner Form dulden“, so die Fraktionen.

„Angriffe auf Politiker und Parteivertreter, gleichgültig ob sie verbal oder körperlich erfolgen, stellen eine ernsthafte Bedrohung unserer demokratischen Grundordnung dar und sind uneingeschränkt zu verurteilen“, heißt es im Antrag der AfD-Fraktion. Die „Sicherstellung eines gewaltfreien und respektvollen Wahlkampfes“ erfordere eine „klare und unmissverständliche Stellungnahme unserer Legislative“.

Gewalt dürfe niemals ein Instrument der politischen Auseinandersetzung sein, sagte CDU-Fraktionschef **Thorsten Schick**. Das sei der „Grundkonsens aller Demokratinnen und Demokraten“. Sie könnten immer miteinander sprechen. In der Sache dürfe es auch einmal lauter werden. Eines aber müsse stets klar sein: „Niemand dürfen die Fäuste fliegen.“ Gewalt gegen Politikerinnen und Politiker sei jedoch nur die „Spitze des Eisbergs“, sagte Schick. Für Poli-

zei und Rettungsdienste, Lehrkräfte, Feuerwehren und andere Berufsgruppen sei sie „trauriger Alltag“.

„Der neue Terror richtet sich gegen die Basis unserer Demokratie“, sagte SPD-Fraktionschef **Jochen Ott**. Das Vertrauen in den Schutz des Staates solle durch Gewalt zerstört werden. Es sei der „Versuch, durch willkürlich erscheinende Gewalt ein Klima der Angst und der Unsicherheit zu verbreiten“. Es sei der „Versuch, Menschen gefügig zu machen, sie einzuschüchtern und zu nötigen“. Ott: „Das ist übrigens die UN-Definition von Terror.“ Der Rechtsstaat müsse seine Macht zeigen. Polizei und Justiz seien aber „nur Teil der Lösung“.

## „Menschen verunsichert“

Grünen-Fraktionschefin **Wibke Brems** verwies auf zahlreiche Krisen wie die Corona-Pandemie, den Krieg in der Ukraine, den Nahostkonflikt oder die Klimakrise. Dies habe viele Menschen verunsichert. Und diese Verunsicherung werde u. a. von Rechtsextremen und Demagogen genutzt, um Hass und Hetze zu säen. Es sei die Verantwortung der Demokratinnen und Demokraten, diese Verunsicherung ernst zu nehmen und den Menschen wieder mehr Zuversicht zu geben. Brems: „Gewalt ist kein Mittel der politischen Auseinandersetzung, niemals und nirgendwo.“

FDP-Fraktionschef **Henning Höne** erinnerte an den 75. Geburtstag des Grundgesetzes in diesem Jahr, das die Basis für das Zusammenleben in Demokratie, Vielfalt und Freiheit sei. Der Geist des Grundgesetzes sei nicht verhan-

delbar. Die Demokratie sei aber unter Druck geraten. Gewalttaten müssten alle Demokratinnen und Demokraten umtreiben, betonte Höne und verwies auch auf Angriffe gegen Rettungskräfte, Feuerwehr, Polizistinnen und Polizisten, Lehrkräfte sowie Journalistinnen und Journalisten. Dies sei eine gefährliche Entwicklung, die die Demokratie auszuhöhlen drohe.

**Markus Wagner** (AfD) kritisierte eine „Hierarchisierung der Täter“ wie auch der Opfer. Er zählte mehrere Vorfälle auf und kommentierte: „Kein Aufschrei, keine Demos.“ Erst nach einem Angriff durch einen Täter, der als „vermutlich rechts“ einzustufen sei, habe sich dies geändert. „Schwere Gewalttaten, egal, wer sie begeht, und ganz gleich, wer sie erleidet, sollten immer hinter Gittern enden“, forderte er. Politikerinnen und Politiker seien nicht als „Opfer der Extraklasse“ zu behandeln. Alle Menschen müssten sich auf den Rechtsstaat verlassen können.

„Mensch bleiben und im Gegenüber immer den Menschen sehen“ – darum gehe es, betonte Ministerpräsident **Hendrik Wüst** (CDU). Das sei der Kern des Zusammenlebens, der Demokratie und des Rechtsstaats. Wo der Mensch auf einzelne Eigenschaften, seine politische Meinung oder seine Uniform reduziert werde, sei der Weg zu Ablehnung, Beleidigung und Gewalt nicht mehr weit. Jeder Angriff sei ein Angriff auf das friedliche Zusammenleben und die Demokratie: „Demokratie und Gewalt widersprechen einander fundamental.“ „Lasst uns streiten um den richtigen Weg“, sagte Wüst, „aber immer als Menschen.“ *zab, wib, sow*



## Europarat

24.4.2024 – Der Europarat wird in diesem Jahr 75 Jahre alt. Dem Gremium mit Sitz in Straßburg gehören 46 Staaten an, darunter alle Mitglieder der Europäischen Union. Anlässlich des Jubiläums hat der Landtag auf Antrag von CDU und Grünen die herausragende Rolle des Europarats beim Schutz der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit betont. Ein entsprechender Antrag der beiden Regierungsfractionen ([18/8884](#)) wurde von CDU, SPD, Grünen und FDP angenommen. Die AfD stimmte dagegen. Die Arbeit des am 5. Mai 1949 gegründeten Europarats sei heute wichtiger denn je, heißt es in dem Antrag. Weltweit stünden Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit unter Druck, „auch in Vertragsstaaten des Europarates“. Die Anzahl der Demokratien sinke.

## Jugendkriminalität

24.4.2024 – Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) müsse die Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität zur Chefsache machen. Dies fordert die SPD-Fraktion in einem Antrag ([18/8895](#)). Erforderlich sei eine „Task Force“ in der Staatskanzlei, an der neben dem Innenministerium weitere Ministerien beteiligt seien. Die Gruppe müsse bis Ende August 2024 ein Konzept zur verstärkten Bekämpfung und Vorbeugung von Kinder- und Jugendkriminalität vorlegen. Sie müsse insbesondere veranlassen, dass die Präventionsarbeit „flächendeckend weiterentwickelt sowie personell und finanziell gestärkt wird“. Die Fraktion bezog sich in ihrem Antrag auf die Polizeiliche Kriminalstatistik für 2023. Im Vergleich zum Vorjahr sei die Zahl der Delikte um 3,4 Prozent auf 1,41 Millionen gestiegen. Ein Anstieg sei auch bei der Kinder- und Jugendkriminalität festzustellen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und Grünen abgelehnt. SPD und FDP hatten für den Antrag gestimmt, die AfD-Fraktion enthielt sich.

## Bachelor im Jurastudium

24.4.2024 – Studierende der Rechtswissenschaft sollen ihr Studium künftig auch mit einem Bachelor-Grad abschließen können. Dies sieht ein Gesetzentwurf ([18/8827](#)) der Landesregierung vor. Hintergrund: Im Jurastudium erfolgten Studienabbrüche weit später als in anderen Fächern. Ein Grund dafür sei, dass die Studierenden lange am Ziel „Erstes Staatsexamen“ festhielten, so die Landesregierung. Zum Zeitpunkt des Abbruchs hätten sie jedoch schon Studien- und Prüfungsleistungen erbracht, „die im Rahmen eines Bachelor-Studiengangs die Anforderungen eines Hochschulabschlusses erfüllt hätten“. Diese Leistungen sollen honoriert werden. Die Staatsprüfungen als Zugangsvoraussetzung insbesondere zur Richter-, Staatsanwalt- und Rechtsanwaltschaft sowie zum Notariat sollen nicht durch andere Hochschulabschlüsse ersetzt werden können. Der Gesetzentwurf wurde zur weiteren Beratung an den Wissenschaftsausschuss (federführend) überwiesen.

## Schankgebühren

25.4.2024 – Die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP wollen Schaustellerinnen und Schausteller entlasten. In Nordrhein-Westfalen sowie sieben weiteren Bundesländern müssten sie für Schanklizenzen in jeder Kommune für jede Veranstaltung eine „kostenpflichtige Gestattung“ beantragen, heißt es im gemeinsamen Antrag der Fraktionen ([18/8883](#)). Dies führe zu erheblichen finanziellen und organisatorischen Belastungen einer Branche, die einen „traditionsreichen Bestandteil unseres kulturellen Lebens“ bilde. Die Landesregierung solle kurzfristig durch Erlass regeln, „dass mit dem Besitz einer Reisegewerbekarte alle gaststättenrechtlichen Erfordernisse erfüllt sind und insbesondere keine ‚Schankgebühren‘ mehr anfallen“. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

## Cannabis

25.4.2024 – Die FDP-Fraktion hat die Landesregierung im Zusammenhang mit der Cannabislegalisierung zum Handeln aufgefordert. Zwar sei das Bundesgesetz zum kontrollierten Umgang mit Cannabis zum 1. April 2024 in weiten Teilen bereits in Kraft getreten. Für die vollständige Umsetzung in Nordrhein-Westfalen zum 1. Juli 2024 seien jedoch Landesbehörden zuständig, heißt es im entsprechenden Antrag ([18/8885](#)). So gelte es etwa, Anbaugemeinschaften zu erlauben und zu kontrollieren. Das Gesetz verbiete den Cannabiskonsum zum Beispiel in Sichtweite von Schulen und tagsüber in Fußgängerzonen. Auch das sei zu überwachen. Polizei und kommunale Ordnungsbehörden bräuchten Handlungsanweisungen. Dies und mehr müsse die Landesregierung regeln und zuständige Behörden benennen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, Grünen und AfD abgelehnt. Für den Antrag hatten SPD und FDP gestimmt.

## Verkehrsverbände

25.4.2024 – Der Landtag hat den Antrag ([18/8876](#)) der AfD-Fraktion abgelehnt, verschiedene Verkehrsverbände in Nordrhein-Westfalen zusammenzulegen. Die Fusionierung zu einem „Verkehrsverbund NRW“ sei „angesichts knapper finanzieller Mittel, massiv steigender Energiepreise sowie einer fortlaufend hohen Subventionierung des ÖPNV dringend anzuraten“, hatte die Fraktion argumentiert. Unnötige Bürokratie und Doppelstrukturen sollten vermieden werden. Eine Fusion zu einem Dachverbund sei auch daher sinnvoll, „damit Fahrgäste nicht mehr durch Waben, Zonen und Ringe der Verkehrsverbände irren und ständig an Tarifgrenzen stoßen“. Gegen den Antrag stimmten die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP.



## Nahost-Krieg

15.5.2024 – Der Konflikt im Nahen Osten hat den Landtag erneut beschäftigt. Die Abgeordneten verabschiedeten einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP ([18/9150](#)). Darin verurteilen die Fraktionen den „grausamen terroristischen Überfall der Hamas“ auf Israel vom vergangenen Oktober und fordern die Freilassung der weiterhin mehr als 100 israelischen Geiseln, die sich in den Händen der Terrororganisation befinden. Das Existenzrecht und die Sicherheit Israels seien deutsche Staatsräson und nicht verhandelbar, heißt es weiter. Nordrhein-Westfalen stehe solidarisch an der Seite der israelischen Bevölkerung. Die Fraktionen zeigen sich zugleich besorgt über die humanitäre Lage im Gazastreifen. Israel sei aufgefordert, „sicheren und ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza zu ermöglichen“. Angriffe auf die Zivilbevölkerung und Hilfsorganisationen seien inakzeptabel. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der AfD angenommen.

## EU-Osterweiterung

15.5.2024 – Vor 20 Jahren traten zehn Staaten der Europäischen Union (EU) bei, hauptsächlich aus Mittel- und Osteuropa. Zu den neuen Mitgliedern zählten u.a. die drei baltischen Staaten sowie Polen, die Slowakei, Tschechien und Ungarn. In einem Antrag ([18/9128](#)) würdigen die Fraktionen von CDU und Grünen die EU-Osterweiterung vom 1. Mai 2004 als „historischen Moment“. Sie sei „ein Meilenstein in der europäischen Integration und markierte das Zusammenwachsen eines Kontinents, der jahrzehntelang durch politische und ideologische Grenzen getrennt war“. In ihrem Antrag fordern die Fraktionen die Landesregierung u.a. auf, die Gespräche mit den mittel- und osteuropäischen Partnerländern zu intensivieren und die Vernetzung von Regionen und Städten der Länder voranzutreiben. Der Antrag wurde mit

den Stimmen von CDU, SPD, Grünen und FDP angenommen. Die AfD war dagegen.

## Rheinisches Revier

15.5.2024 – Was kommt nach der Braunkohle? Das hat die SPD-Fraktion die Landesregierung mit Blick auf den für 2030 geplanten Ausstieg aus der Braunkohleförderung gefragt. Sie verweist auf die große Herausforderung des Strukturwandels im Rheinischen Revier und auf Kritik an der Verwendung von Fördermitteln für die Region. In einer Großen Anfrage ([18/7943](#)) hat sie 168 Fragen zur Flächenentwicklung, Energiesicherheit und Schaffung neuer Arbeitsplätze, zu Förderstrukturen und „innovativen Zukunftsvisionen“ gestellt. Die Antwort der Landesregierung ([18/9134](#)) umfasst 101 Seiten. Die Landesregierung stehe den Menschen gegenüber in der Pflicht, heißt es darin. Dank Evaluierung und Monitoring werde die Landesregierung transparent aufzeigen, wo der Strukturwandel stehe. Als besondere Stärke der Region benennt sie „die hervorragende Forschungslandschaft und die Dichte an kleinen und mittleren Unternehmen“. Deshalb schaffe die Landesregierung im Rheinischen Revier den Raum und die Infrastruktur für Forschung und Innovationen.

## Verfassungsänderung

15.5.2024 – Die Fraktionen von SPD und FDP schlagen gemeinsam eine Änderung der Landesverfassung vor. In dem Gesetzentwurf ([18/9155](#)) geht es um die in Artikel 23 Absatz 2 der Verfassung geregelten Vorgaben zur Änderung von Verträgen mit der Katholischen und Evangelischen Kirche, den sogenannten Kirchenverträgen, und den Abschluss neuer Verträge durch ein Landesgesetz. Demnach ist beides nur bei Zustimmung der Vertragspartner möglich. „Diese über die Anforderungen des Grundgesetzes hinausgehende Bindung steht in einem Spannungsverhältnis zum Demokra-

tieprinzip, weil es die in den Kirchenverträgen geregelten Gegenstände gegebenenfalls auf Dauer der Neubewertung durch den demokratisch legitimierten Gesetzgeber entzieht“, argumentieren die beiden Fraktionen und fordern, künftig auf die „Zustimmung der Vertragspartner“ zu verzichten. Der Entwurf wurde zur weiteren Beratung an den Hauptausschuss überwiesen.

## Religiöser Extremismus

15.5.2024 – Die AfD-Fraktion warnt vor religiösem Extremismus an nordrhein-westfälischen Schulen. Islamistische und antidemokratische Übergriffe nähmen zu, heißt es in einem Antrag ([18/9169](#)): „Viele Straftaten konnten bisher nicht aufgeklärt werden und versetzen Lehrer, Schüler und Eltern in Unruhe.“ Nordrhein-Westfalen könne sich „keine religiös motivierte Spaltung erlauben, welche die Schülerschaft in fromme Muslime und ‚Ungläubige‘ unterteilt“. Die derzeitigen Präventionsprogramme reichten nicht aus, „um die religiöse Radikalisierung unserer Schüler zu verhindern“. Die Landesregierung müsse religiöse Extremismusfälle „transparent, lückenlos und unverzüglich“ aufklären. Zudem solle sie den islamischen Religionsunterricht evaluieren und gegebenenfalls reformieren. Der Antrag wurde mit den Stimmen der übrigen Fraktionen abgelehnt.

## Roben für die Rechtspflege

15.5.2024 – Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger sollen künftig bei bestimmten Amtshandlungen eine Robe tragen dürfen, um so als Vertreterinnen und Vertreter der Justiz klar erkennbar zu sein. Die Fraktionen von CDU und Grünen hatten das in einem Antrag ([18/9126](#)) gefordert. Dieser wurde einstimmig angenommen. Der Bundesgesetzgeber habe die Aufgaben der Berufsgruppe erheblich erweitert, schreiben CDU und Grüne. Dies habe auch zu häufigerem direkten Kontakt zu Bürger-



rinnen und Bürgern geführt. Beamtinnen und Beamte hätten berichtet, „dass ihnen bei der Amtshandlung nicht immer der ihrer Funktion zustehende Respekt entgegengebracht wird“. Auch andere Berufsgruppen in der Justiz – zum Beispiel Amtsanwältinnen und -anwälte sowie Urkundsbeamtinnen und Urkundsbeamte – trügen schon jetzt bei bestimmten Handlungen eine Robe.

## Untersuchungsausschuss

16.5.2024 – Der Landtag hat auf Antrag von Abgeordneten der SPD und der FDP einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Thema „Verantwortung der nordrhein-westfälischen Landesregierung im Besetzungsverfahren der Stelle des Präsidenten/der Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen“ eingesetzt. Der Antrag ([18/9149](#)) wurde bei Enthaltung von CDU, Grünen und AfD angenommen. Die Stelle ist laut Antrag seit fast drei Jahren unbesetzt. Derzeit ist eine Verfassungsbeschwerde eines nicht berücksichtigten Bewerbers anhängig. Der Ausschuss solle sich „ein Gesamtbild über mögliche Versäumnisse, Fehleinschätzungen und Fehlverhalten der Landesregierung“ im Zusammenhang mit dem Bewerbungsverfahren und der Besetzung der Stelle verschaffen.

## Grundsteuer

16.5.2024 – Die Kommunen sollen ab 1. Januar 2025 die Möglichkeit erhalten, bei der Grundsteuer unterschiedliche Hebesätze für Wohn- bzw. Nichtwohngrundstücke festzulegen. Dies sieht ein Gesetzentwurf vor ([18/9242](#)), den die Fraktionen von CDU und Grünen eingebracht haben. Hintergrund ist die Grundsteuerreform. Durch das Bundesmodell, für das sich NRW entschieden hatte, könnten mögliche Mehrbelastungen einer Grundstücksart in den einzelnen Regionen nicht ausgeglichen werden, weshalb einige Eigentümerinnen und Eigentü-

mer stärker belastet würden als andere. Ziel des Gesetzes sei, dass Kommunen zielgenau auf die jeweiligen Verhältnisse vor Ort reagieren könnten. Der Entwurf wurde zur weiteren Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) überwiesen.

## Europawahl

16.5.2024 – Der Landtag hat die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, an der Europawahl teilzunehmen. In Deutschland findet sie am 9. Juni 2024 statt. Erstmals dürfen auch 16- und 17-Jährige mitwählen – dies begrüße der Landtag ausdrücklich, heißt es in einem gemeinsamen Antrag von CDU, SPD, Grünen und FDP ([18/9124](#), Neudruck). „Die Europäische Union war von Anfang an ein Friedensprojekt. Sie hat ihren Bürgerinnen und Bürgern Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand gebracht. Um den Wesenskern der Europäischen Union zu erhalten und gegen seine Feinde zu verteidigen, ist die Teilhabe von möglichst vielen Menschen an der Europawahl wichtig.“ Der Landtag verurteile Spaltung, Ausgrenzung und eine Sprache, die Hass und Gewalt schüre. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der AfD angenommen.

## Verbrennermotor

16.5.2024 – Gegen ein Verbot von Fahrzeugen mit Verbrennermotor wendet sich die AfD-Fraktion in einem Antrag ([18/9167](#)). Einseitig auf Elektrofahrzeuge zu setzen, wie auf EU-Ebene beschlossen, berge „Risiken bei der Ladeinfrastruktur, der Energieversorgung und der Verfügbarkeit der Rohstoffe“, zitiert die Fraktion ein Gutachten. Die deutschen Automobilhersteller seien weltweit führend im Bau von Verbrennermotoren. Politische Entscheidungen gefährdeten aktuell die stärkste Branche Deutschlands, während etwa in China die Verbesserung von Verbrennermotoren weiter voranschreite. Die Landesregierung solle sich u. a. auf nationaler und europäischer Ebene zur

Technologieoffenheit bekennen und für Investitionssicherheit im Automobilssektor sorgen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen und FDP abgelehnt.

## Benelux-Staaten

16.5.2024 – Die Landesregierung soll sich für einen weiteren Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen Nordrhein-Westfalens zu Staaten der Europäischen Union und insbesondere zu den Benelux-Staaten einsetzen. Dies fordert die FDP-Fraktion in einem Antrag ([18/9151](#)). Es gelte, „die bestmöglichen Rahmenbedingungen für Investoren aus der Europäischen Union zu schaffen“. Dazu zählten u. a. einfache und schnelle Genehmigungsverfahren, der Abbau von Bürokratie sowie eine gut ausgebaute Verkehrs- und Energieinfrastruktur. Die Niederlande seien bei Im- und Exporten der wichtigste Handelspartner Nordrhein-Westfalens. Doch auch Belgien und Luxemburg seien für die Wirtschaft wichtige Partnerländer. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, Grünen und AfD abgelehnt. SPD und FDP stimmten dafür.

## Werbung für Elternschaft

16.5.2024 – Die AfD-Fraktion möchte eine „Willkommenskultur für Neugeborene“ schaffen. In ihrem Antrag argumentiert sie, der demografische Wandel erfordere mehr Nachwuchs. Es gelte, dem Phänomen gewollter Kinderlosigkeit entgegenzuwirken. Die Fraktion verweist auf Skandinavien, wo trotz vergleichsweise günstiger Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Geburtenrate sinke. Trotz der prinzipiell freien Entscheidung für oder gegen Elternschaft habe die Regierung die Aufgabe, die Geburtenrate zu regulieren und entsprechende Anreize zu schaffen, heißt es im Antrag. Das Plenum hat den Antrag an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (federführend) überwiesen.

# Belastungen in der Justiz

16. Mai 2024 – In einem offenen Brief an die Landesregierung kritisiert der „Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen“ Personalmangel. Es fehle insbesondere an Staatsanwältinnen und Staatsanwälten. Über mögliche Konsequenzen debattierte der Landtag in einer Aktuellen Stunde.

Diese war von der Fraktion der AfD beantragt worden. In ihrem Antrag (18/9229) zitiert die Fraktion aus dem an Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) adressierten offenen Brief. Demnach könne die Justiz „aufgrund mangelnder Rahmenbedingungen durch den Gesetzgeber ihre Aufgaben insbesondere im Bereich der Strafverfolgung nicht zeitnah und angemessen erfüllen“.

„In unserem Land scheint sich eine zunehmende Rechtsnot auszubreiten“, sagte **Dr. Hartmut Beucker** (AfD). Es fehlten vor allem Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Die Missstände bestünden allerdings schon länger. Seit Amtsantritt des Justizministers habe sich die Situation jedoch nicht verbessert. Tatsächlich werde die Belastung immer schlimmer. Beucker sprach von einem erheblichen Anstieg bei den Ermittlungsverfahren. Die Freigabe von Cannabis zum Beispiel „schaufelt neue Aktenberge auf die Schreibtische“. Doch statt dringend nötige Stellen zu schaffen, werde das „System weiter ausgehungert“.

## „Funktionierende Justiz“

„Eine Rechtsnot haben wir in Nordrhein-Westfalen nicht – werden wir auch nicht und nie haben“, hielt **Angela Erwin** (CDU) dagegen. Der AfD gehe es darum, Unsicherheit zu verbreiten. Erwin sprach von einer „funktionierenden Justiz“. Das „Fundament“ seien mehr als 40.000 Beschäftigte, „die jeden Tag voller Herzblut, Einsatz und Leidenschaft“ arbeiteten. Durch „gute Innen- und Rechtspolitik“ schaffe man im Land Vertrauen. Sie wies auf erhöhte Aufklärungsquoten hin. Wenn mehr ermittelt und aufgeklärt werde, führe das auch zu mehr Gerichtsverfahren. Es seien bereits Maßnahmen zum Belastungsabbau getroffen worden.

Offenbar habe die AfD-Fraktion in den vergangenen zwei Jahren nicht zugehört, als um beste Lösungen für die Justiz gerungen worden sei, sagte **Sonja Bongers** (SPD). Sie forderte eine angemessene Bezahlung für alle Berufsgruppen, Entlastungen durch den sinnvollen Einsatz von Künstlicher Intelligenz und flexible Arbeitszeiten. Der Antrag der AfD enthalte hingegen kein Konzept. Es sei zudem unredlich, eine Übergangssituation, die durch die Cannabislegalisierung entstehe, als Dauerzustand darzustellen. Bongers forderte „mehr

Mut für eine bessere Ausstattung, für eine Generalüberholung der Justiz“. Das sei teuer, aber unabdingbar.

„Unverschämterweise stellen Sie sich als Beschützer des Rechtsstaats dar“, sagte **Dagmar Hanses** (Grüne) in Richtung der antragstellenden Fraktion. Denn das Verhältnis der AfD zum Rechtsstaat sei inakzeptabel. Dass ein Berufsverband aus der Praxis heraus Forderungen an die Politik richte, sei selbstverständlich und hilfreich. Der Minister habe darauf reagiert und Richterinnen und Richter aufgerufen, sich freiwillig für die Staatsanwaltschaft zu melden – mit Erfolg. Dies reiße auch kein Loch in die Richterschaft. Dem Fachkräftemangel begegne die Regierung mit einer Imagekampagne und einer Ausbildungs offensive.

**Dr. Werner Pfeil** (FDP) sagte mit Blick auf die AfD-Fraktion, dass die Personalsituation der Justiz mehrfach Thema im Rechtsausschuss gewesen sei. Eine Aktuelle Stunde dazu zu beantragen, sei „nicht der glücklichste Zug“ gewesen. Man hätte Vorschläge in regulären Anträgen unterbreiten können. Da sei bisher sowohl in den Ausschusssitzungen, aber auch in Plenardebatten „wenig gekommen“. Pfeil kritisierte zudem die Arbeit des Justizministers. Was er bislang zur Lösung des Problems vorgeschlagen habe, sei „sehr unausgegoren“. Er kenne seine Aufgaben und müsse tätig werden.

Justizminister **Dr. Benjamin Limbach** (Grüne) betonte, dass in der nordrhein-westfälischen Justiz 43.000 engagierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig seien. „Die Justiz in NRW funktioniert, und sie funktioniert gut.“ Der Rechtsstaat sei wehrhaft und schütze die Menschen und die Demokratie. Er dürfe nicht „kapputtgeredet werden“. Fakt sei, dass die Arbeitsbelastung bei den Staatsanwaltschaften in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen sei. Dazu habe er bereits im vergangenen Jahr Gespräche mit den Generalstaatsanwaltschaften aufgenommen, um mit verschiedenen Maßnahmen gegenzusteuern. *zab, sow, wib*

Foto: Schälte



PLENUM

Foto: Schälte

## Wenn das Geld knapper wird

17. Mai 2024 – Die Konjunktur schwächelt, Expertinnen und Experten rechnen mit sinkenden Steuereinnahmen auch in Nordrhein-Westfalen. In einer Aktuellen Stunde haben sich die Abgeordneten mit der aktuellen Haushaltspolitik der Landesregierung befasst. Die SPD-Fraktion sieht die Gefahr einer Haushaltssperre auf Nordrhein-Westfalen zukommen, die verhindert werden müsse.

Medienberichten zufolge komme Schwarz-Grün trotz Sparanstrengungen im Etat für 2024 nicht mit dem Geld aus, schreibt die SPD-Fraktion im Antrag (18/9230) zur Aktuellen Stunde. Das Ministerium des Innern plane, 10 Prozent der Ausgaben im eigenen Ressort einzusparen. Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk (CDU) habe angekündigt, staatliche Leistungen auf den Prüfstand zu stellen. Es drohten eine „Bruchlandung beim Haushaltsvollzug“ sowie eine „Haushaltssperre durch die Hintertür“.

„Ihr Haushalt ist heute, Mitte Mai, schon Makulatur“, sagte **Christian Dahm** (SPD). Das habe nichts mit der Konjunktur zu tun, die ursprünglich sogar schlechter erwartet worden sei. „Das hat allein was mit Ihrer schlechten Planung der Haushaltsaufstellung zu tun.“ Laut Medienberichten fehle im Haushalt dieses Jahres rund 1 Milliarde Euro. Der Finanzminister müsse darlegen, wo er in der Folge sparen und kürzen wolle: „Soll es weniger Streifenwagen geben? Wollen Sie weniger Präventionsarbeit, weniger Geld für Bildung, Kitas?“, fragte Dahm. Die Menschen und das Parlament hätten ein Recht darauf, dies zu erfahren.

Die Steuereinnahmen lägen nur bedingt im Einflussbereich des Landes, erklärte **Klaus Vausem** (CDU). Die Frühjahrsprognose der Bundesregierung belaufe sich auf nur 0,3 Prozent Wachstum. Ursprünglich habe der Bund jedoch mit 1,3 Prozent gerechnet. Dies habe die Landesregierung zugrunde gelegt. Die schlechtere Prognose bedeute etwa 1 Milliarde Euro weni-

ger Steuereinnahmen für Nordrhein-Westfalen. Es sei kein Zeichen von Inkompetenz, sondern von Verantwortung, vorausschauend damit umzugehen. Der Grundsatz „erst prüfen, dann auszahlen“ gelte ohnehin immer. Die politischen Prioritäten blieben bestehen.

### „Auf Sand gebaut“

Die Haushaltspolitik sei „eine Achillesferse dieser schwarz-grünen Koalition“, sagte FDP-Fraktionschef **Henning Höne**. Sie habe von Anfang an getrickst – u. a. durch den Aufbau von Sondervermögen. Trotzdem drohe der Haushalt bei kleinsten konjunkturellen Veränderungen auseinanderzufallen, weil er „auf Sand gebaut“ sei. Die Landesregierung meide das Wort „Haushaltssperre“ wie der Teufel das Weihwasser. NRW brauche dringend eine neue Wirtschaftspolitik. Es mangle jedoch an Impulsen durch die Landesregierung. Sie schiebe Verantwortung nach Berlin ab, obwohl NRW besonders von der aktuellen Wirtschaftsentwicklung betroffen sei.

Der Krieg in der Ukraine hinterlasse auch wirtschaftliche Spuren, entgegnete Grünen-Fraktionschefin **Verena Schäffer**. Negativ auf die Konjunktur wirkten sich zudem der demografische Wandel sowie ein Fachkräftemangel aus, der jahrzehntelang ignoriert worden sei. Hinzu komme ein Investitionsstau etwa bei Brücken und Straßen sowie der Bildungsinfrastruktur. Die Analyse ihres Vorredners sei daher „un-

terkomplex“. Es müsse auf Bundesebene mehr Spielraum für Investitionen geschaffen werden, was die FDP bisher aber blockiert habe. Die Folge seien sinkendes Wirtschaftswachstum und sinkende Steuereinnahmen.

**Dr. Hartmut Beucker** (AfD) kritisierte, dass der Landtag aus den Medien von der Finanzlage erfahren habe. Er betonte, das Haushaltsrecht sei das „Königsrecht“ eines Parlaments. Der Landtag hätte längst informiert werden müssen. Er sprach auch von einer „Form der Missachtung“ des Parlaments. Man dürfe und müsse erwarten, dass der Finanzminister den Abgeordneten und der Bevölkerung „reinen Wein“ einschenke. Beucker betonte zugleich, dass die Notwendigkeit des Sparens auch als Chance begriffen werden könne, um zwischen wichtigen und unwichtigen Ausgaben zu differenzieren und den Landeshaushalt langfristig „quasi zu entfetten“.

Finanzminister **Dr. Marcus Optendrenk** (CDU) betonte, die Landesregierung sei 2023 erfolgreich mit einer schwierigen Haushaltslage umgegangen, indem alle Ressorts Verantwortung übernommen und sparsam gewirtschaftet hätten. Diese Sparsamkeit sei die Voraussetzung, dass man auch 2024 mit dem Geld auskomme, das zur Verfügung stehe. Dabei sei eine Haushaltssperre nicht „das Mittel der Wahl“, weil sie nicht zielgenau sei. Die Landesregierung werde sich die Zahlen aus der aktuellen Steuerschätzung in Ruhe anschauen und auch weiter nach den Prinzipien der Sparsamkeit und der Generationengerechtigkeit haushalten. *sow, tob, wib*



# Extremismus bekämpfen, Demokratie schützen

24. April 2024 – Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz hat im vergangenen Jahr insgesamt 7.596 politisch motivierte Straftaten erfasst. Das seien 15 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Zahl antisemitischer Übergriffe sei jedoch deutlich gestiegen. Eine Zunahme wurde auch bei Straftaten aus dem links- und rechtsextremistischen sowie dem islamistischen Spektrum verzeichnet. Der Landtag hat in einer Aktuellen Stunde darüber beraten.

Die Fraktionen von SPD und FDP hatten die Aussprache beantragt ([18/8984](#), [18/8985](#)). In den Anträgen ging es vor allem um die Frage, wie die Demokratie vor Extremismus und verfassungsfeindlichen Tendenzen geschützt werden kann.

Die „Feinde der Demokratie“ würden immer lauter, sagte **Sven Wolf** (SPD) zu Beginn der Debatte. Besonders hob er den Anstieg antisemitischer Straftaten hervor. „Wir alle dürfen nicht ruhen, jüdisches Leben zu schützen“, mahnte Wolf. Er forderte mehr Ressourcen für den Verfassungsschutz und für die Landeszentrale für politische Bildung. Die Verteidigung gegen Extremistinnen und Extremisten sei nicht nur Sache der Polizei, sondern auch der Lehrkräfte, der ehrenamtlich Engagierten und nicht zuletzt die Sache jeder Bürgerin und jedes Bürgers. Es gelte, die „Sprachlosigkeit der Demokraten“ in den sozialen Medien zu durchbrechen.

„Alarmstufe Rot erfordert jetzt Taten statt Worte“, betonte **Ralf Witzel** (FDP). Gefordert sei die gesamte Landesregierung. Der Innenminister müsse sich an seinen Erfolgen messen lassen, der Justizminister dafür sorgen, dass die Strafe auf dem Fuße folge. Der Ministerpräsident habe die Aufgabe, einen Schwerpunkt auf Sicherheit zu legen. Witzel kritisierte einen „Mangel an Entschlossenheit“ gegenüber Hasspredigern. Nordrhein-Westfalen sei „an vielen Stellen viel zu sehr ein Eldorado für Salafisten“. „Wir müssen endlich alle Register ziehen, um es Verfassungsfeinden so ungemütlich wie möglich zu machen“, empfahl er.

## „Trauriger Rekord“

Der Anstieg der Delikte in den „Phänomenbereichen“ Rechtsextremismus, Linksextremismus, ausländische Ideologie, religiöse Ideologie und antisemitische Straftaten sei ein „trauriger Rekord innerhalb der letzten zehn Jahre“, sagte **Gregor Golland** (CDU). Deshalb sei der Rückgang der Gesamtzahl der politisch motivierten Delikte „kein Grund zur Beruhigung“. Bei allen Extremismusphänomenen gelte das Prinzip „Null Toleranz“. Der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen sei gut aufgestellt und leiste hervorragende Arbeit, sagte Golland: „Für die Zukunft brauchen wir allerdings noch mehr und bessere Instrumente.“

**Markus Wagner** (AfD) sprach von „importiertem Judenhass“. Er selbst habe „wieder und wieder“ davor gewarnt. Die antijüdischen Straftaten seien „um 65 Prozent explodiert“. Das sei eine „importierte Explosion“, die „es ohne Ihre irrsinnige Migrationspolitik gar nicht gäbe“, sagte er in Richtung Landesregierung. Dem Verfassungsschutzbericht sei zu entnehmen, dass die Gewalt „überwiegend von links“ komme, die Terrorgefahr von Islamisten ausgehe. Es gebe im Land „mehr importierte Extremisten dank Ihrer Politik der ungeschützten Grenzen als deutsche Links- und Rechtsextremisten zusammen“, sagte Wagner.

„Der Verfassungsschutzbericht ist besorgniserregend, aber er ist nicht überraschend“, sagte **Verena Schäffer**, Fraktionsvorsitzende der Grünen. Neben zunehmenden Bedrohungen aus dem rechten Spektrum sei es nach dem Angriff der Hamas auf Israel vermehrt zu antisemitischen Vorfällen gekommen – ob an

Schulen, Universitäten oder im Internet. Die schwarz-grüne Landesregierung stehe für eine „konsequente Strafverfolgung“. Die Zunahme im Linksextremismus sei im Kontext der Räumung von Lützerath zu sehen. Laut Verfassungsschutzbericht gehe die größte Gefahr für die Demokratie vom Rechtsextremismus aus.

„Extremisten unterschiedlichster ideologischer Prägung greifen auf alle denkbaren Arten unsere Demokratie an“, sagte Innenminister **Herbert Reul** (CDU). „Die Bedrohungslage war noch nie so hoch.“ Zwar seien im Jahr 2023 weniger politisch motivierte Straftaten erfasst worden als im Vorjahr. Die leichte Abnahme resultiere aber aus weniger Verstößen gegen das Versammlungsgesetz als im Corona-Jahr 2022. Gewaltdelikte wiederum seien um 37 Prozent gestiegen. Alarmierend sei auch die Zunahme antisemitischer Straftaten um 65 Prozent. Klar sei: „Die Sicherheit von Jüdinnen und Juden in diesem Land hat oberste Priorität.“ *sow, zab, tob*



Foto: Schälte

# Korruptionsverdacht nach Razzia

25. April 2024 – Um den Korruptionsverdacht im Zusammenhang mit einem international agierenden Schleuserring ging es in einer Aktuellen Stunde. Die AfD-Fraktion hatte die Debatte beantragt.

Bei einer Razzia der Staatsanwaltschaft Düsseldorf Mitte April in acht Bundesländern seien zehn Personen festgenommen worden, heißt es im Antrag (18/8986) der Fraktion. Es werde „von 38 mutmaßlichen Bandenmitgliedern, darunter Rechtsanwälte und Unternehmer, sowie von 147 geschleusten Personen“ gesprochen. Bei den Geschleusten habe es sich um wohlhabende Menschen u. a. aus China, Oman und Südafrika gehandelt. Es gelte nun, „Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung zu überprüfen und zu verstärken“.

Der vorliegende Fall sei verheerend für das Ansehen und die Integrität des Staates, sagte **Enxhi Seli-Zacharias** (AfD). Auf der kommunalen Ebene gebe es offenbar ein „erhebliches Korruptionsproblem“, wie aus dem aktuellen „Lagebild Korruption“ des Landeskriminalamts Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2022 hervorgehe. Die Schleuserbande habe die Schwächen des Staates „ganz genau“ gekannt, vermutete

sie. Kommunale Ausländerbehörden allein verantwortlich zu machen, sei jedoch zu kurz gegriffen, meinte die Abgeordnete. „Uns geht es darum: Wie können wir diese Glaubwürdigkeit wiederherstellen?“

**Dietmar Panske** (CDU) erwiderte, gerade die Aufdeckung der Schleusernetzwerke belege, wie wachsam und handlungsfähig der Staat sei. Er dankte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der beteiligten Behörden. Es verstehe sich von selbst, dass in der Folge Prozesse in Verwaltungen überprüft würden. Der AfD gehe es nur darum, Angst und Sorgen in der Bevölkerung zu schüren. Jedoch zeigten auch die Statistiken zu aufgedeckten Schleusungen: „Die Menschen können sich auf den Rechtsstaat verlassen, auf die konsequente Anwendung von Recht und Ordnung sowie auch auf unsere Verwaltungsstrukturen“, betonte Panske.

Korruption sei nicht nur ein Problem der Nachbarländer, sagte **Sonja Bongers** (SPD). Aber: „Behördliche Korruption wird in Deutschland aufgedeckt, konsequent verfolgt, und die Straftaten werden rechtsstaatlich geahndet.“ Im Vergleich zu Einbrüchen oder Diebstählen seien „Verbrechen von Menschen in Hemd, Krawatte und Anzug“ zwar weniger gut geeignet für emotionale Schlagzeilen. „Sie sind aber genauso schädlich für unser System“, erklärte die Abgeordnete. Deswegen freue sie sich über das konsequente Vorgehen von Staatsanwaltschaft und Polizei, die einen „großen Erfolg des Rechtsstaats demonstrieren konnten“.

## „Behörden sind wachsam“

„Wie gut, dass wir einen funktionierenden Rechtsstaat haben“, sagte **Dr. Julia Höller** (Grüne). Die Sicherheitsbehörden seien wachsam: „Sie bekämpfen Kriminalität, sie bekämpfen Korruption, sie bekämpfen Schleuserbanden.“ Dank erfolgreicher Ermittlungsarbeit sei auch klar, dass der Verdacht bestehe, dass ein AfD-Mitarbeiter für China spioniert habe. Abgeordnete der Partei reisten „in Länder und Regionen, in denen die schlimmsten Verbrechen an der Menschlichkeit passiert sind und noch passieren“, sagte Höller: „Ganz bewusst nehmen sie die Interessen dieser Diktatoren mit nach Deutschland.“

Dass sich die AfD als „selbsternannte Gralshüterin für Rechtsstaatlichkeit, gegen Korruption oder für Patriotismus inszenieren möchte“, sei geradezu lächerlich und ein „Eigentor“, sagte **Marc Lürbke** (FDP). Beim Thema „Korrupti-



Dr. Julia Höller (Grüne)



Marc Lürbke (FDP)



Dr. Benjamin Limbach (Grüne)

Fotos: Schälte



Enxhi Seli-Zacharias (AfD)



Dietmar Panske (CDU)



Sonja Bongers (SPD)

on“ riet er: „Fangen Sie bitte in Ihren eigenen Reihen an.“ Lürbke dankte den Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden für die Razzien gegen „Luxus-Schleuser“. Erforderlich sei ein „konstant hoher Ermittlungsdruck“. Die Landesregierung müsse den Staatsanwaltschaften technisch und personell den Rücken stärken. Den Kommunen müsse sie helfen, offenbar bestehende „Lücken“ zu schließen.

Die Landesregierung stelle sich jeglicher Form von Korruption konsequent entgegen, sagte Justizminister **Dr. Benjamin Limbach** (Grüne). Sie trete „mit Nachdruck für eine entschlossene und energische Verfolgung solcher Straftaten ein, die geeignet sind, das Vertrauen der Allgemeinheit in die Sachgerechtigkeit und Nicht-Käuflichkeit dienstlichen Handelns sowie in die Lauterkeit des öffentlichen Dienstes zu verletzen“. Bis zum Abschluss des Verfahrens gelte die Unschuldsvermutung, sagte Limbach. Die Landesregierung werde eine abschließende Bewertung erst dann treffen, wenn die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen abgeschlossen sind.

sow, zab



Foto: Monkey Business Images, AdobeStock

## PLENUM

# Vorbereitung auf den Ganzttag

25. April 2024 – Ab 2026 wird in Deutschland schrittweise der Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung an Grundschulen eingeführt. Die Umsetzung der Bundesregelung in Nordrhein-Westfalen hat eine Debatte im Landtag ausgelöst. Die Abgeordneten diskutierten in einer Aktuellen Stunde.

Die FDP kritisiert in ihrem Antrag ([18/9037](#)), dass die Landesregierung bislang kein Ausführungsgesetz für den sogenannten OGS-Rechtsanspruch vorgelegt habe, sondern „lediglich sogenannte „Fachliche Grundlagen für die Umsetzung“. Weiterhin seien „relevante Fragen“ nach der Finanzierung, den Qualitätsstandards und dem Zeitplan sowie der rechtlichen Grundlage unbeantwortet.

Der OGS-Rechtsanspruch gilt zunächst nur für Erstklässlerinnen und Erstklässler. Ab August 2029 soll dann jedes Grundschulkind Anspruch auf eine ganztägige Betreuung haben.

Bei der Umsetzung des OGS-Rechtsanspruchs gehe es um Bildungschancen von Kindern sowie berufliche Chancen von Eltern, sagte FDP-Fraktionsvorsitzender [Henning Höne](#). Das Land könne es sich nicht leisten, dass gut ausgebildete Eltern nicht oder nur weniger Stunden arbeiteten, weil Betreuungsangebote für Kinder fehlten. Die Landesregierung komme ihren Aufgaben nicht nach und versäume es, die OGS-Betreuung zu regeln. Das sei „Politikverweigerung“. Kindern in der dritten oder vierten Klasse drohe die Kündigung der Betreuung, wenn der Rechtsanspruch für Kinder der ersten Klasse nur so gewährleistet werden könne.

Alle westdeutschen Flächenländer seien derzeit damit beschäftigt, den OGS-Rechtsanspruch umzusetzen, bemerkte [Christina Schulze Föcking](#) (CDU). „Wer behauptet, Nordrhein-Westfalen hinkt hinterher, begeht eine böswillige Unterstellung.“ Die Finanzierung sei gere-

gelt. Schulministerin Dorothee Feller (CDU) habe dazu bereits im Oktober 2023 eine Förderrichtlinie veröffentlicht. Qualitätsstandards für die Betreuung seien im März 2024 bekannt gegeben worden. Das Sorge für Planungssicherheit. Im Jahr 2024 gebe das Land 780 Millionen Euro für die OGS-Betreuung aus – 72 Prozent mehr als im Jahr 2017.

## „Arbeit am Limit“

Die Landesregierung habe im Koalitionsvertrag angekündigt, den OGS-Rechtsanspruch zu regeln, aber ihr Wort nicht gehalten, kritisierte [Andrea Busche](#) (SPD). Schwarz-Grün habe ein Ausführungsgesetz zur Umsetzung des Anspruchs versprochen; es liege bis heute nicht vor. Auch Qualitätsstandards ließen zu wünschen übrig. Es gebe keine verbindlichen Regelungen für Gruppengrößen, Räume und Personalschlüssel. Bei der Finanzierung mache sich die Landesregierung ebenfalls einen „schlanken Fuß“. Gerade finanzschwache Kommunen seien auf sich allein gestellt. Dabei arbeiteten OGS-Träger bereits „am Limit“.

Grünen-Fraktionschefin [Wibke Brems](#) sagte, bei der Umsetzung des OGS-Rechtsanspruchs handele es sich um ein „komplexes Thema“ und eine „große Herausforderung“. Daher sei gründliche Arbeit notwendig. Schwarz-Grün arbeite professionell an Lösungen, und dies sei kein Skandal. Der Koalition liege der Rechtsanspruch am Herzen. Er sei kein „nettes Sahnehäubchen“,

sondern eine Grundlage für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und ein weiterer Schlüssel für gute Bildung und Chancengerechtigkeit. Der FDP warf Brems eine „Empörungsspirale“ vor, die beendet werden müsse.

[Dr. Christian Blex](#) (AfD) betonte, der Rechtsanspruch werde der Landesregierung 2026 auf die Füße fallen. Es sei nicht einmal die Frage nach der Unterbringung der Kinder geklärt. Zugleich redeten die beiden zuständigen Ministerinnen für Familie und Schule „um den heißen Brei herum“. Der AfD-Politiker warf der Landesregierung vor, beim Thema OGS-Rechtsanspruch zu versagen. Schwarz-Grün sei nicht an ernsthaften Lösungen interessiert. Allen sei bewusst, dass es kein Ausführungsgesetz geben werde. Den Antrag der FDP kritisierte er zugleich als „reine Show“.

Familienministerin [Josefine Paul](#) (Grüne) nannte die Umsetzung des Rechtsanspruchs einen „Kraftakt“. Die Landesregierung wolle den Kommunen die notwendige Planungssicherheit geben. Sie erarbeite die erforderlichen Regelungen zur Umsetzung und lege dabei zunächst den Schwerpunkt auf die quantitative Vorsorge, damit jedes Kind einen Platz erhalten könne. Es werde auch geprüft, welches Instrument an welcher Stelle zum Einsatz komme. Dies sei „übliches Regierungshandeln“. Nach Abschluss des internen Arbeits- und Willensbildungsprozesses werde das Parlament über die Pläne informiert. Es werde aber keine „Wasserstandsmeldungen“ geben.

tab, wib

# „Deine Stimme für Demokratie“

Aufruf zur Europawahl des Präsidiums des Landtags Nordrhein-Westfalen



Das Präsidium des Landtags Nordrhein-Westfalen: Präsident André Kuper (2. v. r.), Vizepräsident Rainer Schmeltzer (r.), Vizepräsidentin Berivan Aymaz und Vizepräsident Christof Rasche  
Foto: Schälte

350 Millionen Menschen in 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben vom 6. bis zum 9. Juni 2024 eine zutiefst demokratische und wichtige Aufgabe: Sie sind aufgerufen, ihre Stimme zur Wahl eines neuen Europäischen Parlaments und damit der Demokratie zu geben.

Am 9. Juni 2024 gehen wir in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen an die Wahlurnen. Wir können mitentscheiden, ob und wie sich Europa weiterentwickelt und in welche Zukunft dieses gigantische Friedensprojekt geht. Denn eines ist klar: Diese Wahl wird richtungsweisend sein.

Wir stehen vor großen Herausforderungen: Frieden sichern, Migration gestalten, die Energiewende meistern, die Wettbewerbsfähigkeit wahren. Die Sicherung unserer Arbeit und damit unseres Wohlstandes wird maßgeblich durch die Europäische

Union geprägt. An uns liegt es, dass wir Europa unsere Stimme geben.

Zugleich scheint die Stimmung im Land rauer, aggressiver zu werden. Menschen machen Stimmung gegen die europäische Freiheit, gegen Toleranz, Respekt und unterschiedliche Lebensweisen. Sie fühlen sich im Aufwind und versuchen, uns einzuschüchtern. Diese Hassspirale schlägt immer wieder auch in Gewalt um – wie uns die jüngsten Angriffe auf Politikerinnen und Politiker traurig vor Augen führen.

Doch wir dürfen nicht leise sein. Wir können zeigen: Wir sind mehr und wir halten zusammen. Wir zeigen als Demokratinnen und Demokraten, dass wir unsere freiheitliche Art zu leben nicht aufgeben werden. Wir können Europa eine Stimme geben, unsere Stimme geben. Nutzen wir die Chance für ein starkes Europa.

André Kuper  
Präsident des Landtags  
Nordrhein-Westfalen

Rainer Schmeltzer  
1. Vizepräsident des Landtags  
Nordrhein-Westfalen

Berivan Aymaz  
2. Vizepräsidentin des Landtags  
Nordrhein-Westfalen

Christof Rasche  
3. Vizepräsident des Landtags  
Nordrhein-Westfalen

# Feuerwehr und Ruhestand

22. April 2024 – Einsatzkräfte der nordrhein-westfälischen Feuerwehren können bislang mit 60 Jahren in den Ruhestand gehen. Die Landesregierung plant nun eine „moderate Anhebung“ und will das Landesbeamtengesetz ändern. Die „besondere Altersgrenze“ soll künftig je nach Laufbahngruppe bei 61 bzw. 62 Jahren liegen und für den gesamten feuerwehrtechnischen Dienst gelten – und damit u. a. auch für Beamtinnen und Beamte in Leitstellen sowie in Verwaltungen.

In einer gemeinsamen Anhörung des Innenausschusses, des Haushalts- und Finanzausschusses sowie des Unterausschusses Personal haben sich Sachverständige dazu geäußert.

Hintergrund der geplanten Anhebung seien Fachkräftemangel und demografischer Wandel, heißt es im Gesetzentwurf (18/8026, Neu-Druck). „Nach aktueller Lage würden in den nächsten zehn Jahren ca. 28 Prozent der Beamtinnen und Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes aufgrund der Vervollendung des 60. Lebensjahres in den Ruhestand treten“, schreibt die Landesregierung. Es bestehe absehbar also ein hoher Bedarf an Neubesetzungen der frei werdenden Planstellen. Durch die Erhöhung der Altersgrenze werde „die Balance gehalten zwischen dem notwendigen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Systems Feuerwehr“ und den Anforderungen und Belastungen, die der feuerwehrtechnische Dienst stelle.

Viele Sachverständige heben in ihren schriftlichen Stellungnahmen die angestrebte einheitliche Altersgrenze in den NRW-Dienststellen positiv hervor. Sie trage dazu bei, „dass

lang angelegte Entwicklungspfade in der persönlichen, beruflichen Laufbahn auch mit Wechseln zwischen Institutionen attraktiver werden“, befindet der Verband der Feuerwehren in NRW. Kritisch äußert sich der Verband jedoch zur Anhebung der Altersgrenze und zur Trennung nach Laufbahngruppen. Dieses Vorgehen bilde die Arbeitsbelastung im Einsatzdienst nicht ab. Der Anteil der Mitarbeitenden aus der Laufbahngruppe 2, die künftig mit 62 Jahren in den Ruhestand gehen sollen, nehme im reinen Einsatzdienst der Feuerwehren stetig zu. Außerdem sei eine Anhebung der Altersgrenze auch kein Mittel gegen den Fachkräftemangel: „Höhere und bereits absehbare Unterbesetzungsquoten würden einmalig um einige Monate bzw. maximal um 24 Monate verzögert.“ Erforderlich seien neue Rekrutierungsstrategien und mehr Ausbildungskapazitäten.

Darauf weisen auch die Feuerwehr Essen sowie der Arbeitswissenschaftler Prof. Dr. Thomas Langhoff (Hochschule Niederrhein) hin. Es bedürfe „einer massiven Erhöhung der Azubiquote“ und „attraktiverer Einstiegsmög-

lichkeiten“, so Langhoff. Bei einer längeren Dienstzeit sei von einer Zunahme der Fehlzeiten auszugehen.

Man sei gegenüber Änderungen der Altersgrenze „grundsätzlich aufgeschlossen“, so Landkreistag sowie Städte- und Gemeindebund in einer gemeinsamen Stellungnahme. Für die Planungssicherheit der Kommunen, aber auch der Feuerwehrleute sei eine „angemessene Übergangszeit“ wichtig. Diese werde im Gesetzentwurf angestrebt. Auch das vorgeschlagene „Laufbahnmodell“ trage man mit.

## „Konkurrenzen“

Der Städtetag dagegen sieht in diesem Modell erhebliche Schwächen. Es gefährde den „Gleichbehandlungsgrundsatz innerhalb der Feuerwehren“ und löse „Konkurrenzen zwischen den Laufbahnen“ aus. Denkbar seien „entweder ein Modell mit einer einheitlichen Altersgrenze für alle Beamten und Beamtinnen im feuerwehrtechnischen Dienst oder ein Modell mit einer Anrechnung von Einsatzzeiten“.



Foto: Schälte



Die Gewerkschaften Verdi und Komba lehnen eine Anhebung der Altersgrenze ab. Sie löse keine Probleme, sondern schaffe neue, heißt es in der Komba-Stellungnahme. Viele Beamtinnen und Beamte könnten „schon heute die körperlichen Anforderungen nicht mehr oder nur mit größter Mühe voll erfüllen“. Feuerwehrleute hätten seit jeher eine erhöhte Wochenarbeitszeit. Derzeit seien es im Durchschnitt 48 Stunden. Das seien sieben mehr als in der allgemeinen Verwaltung. Auf die gesamte Dienstzeit bezogen arbeiteten sie bereits jetzt länger als andere Beamtinnen und Beamte in NRW.

### Kompromissvorschlag

Es sei „allgemein anerkannt, dass die körperlichen Fähigkeiten im Laufe des Arbeitslebens abnehmen“, schreibt Verdi. Auch Feuerwehrleute hätten vom 50. Lebensjahr an „häufiger z. B. mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Muskel-Skelett-Erkrankungen oder anderen inneren Krankheiten zu tun“. Hinzu kämen oft psychische Belastungen aufgrund traumatischer Erlebnisse. Auf der anderen Seite blieben die Anforderungen an Feuerwehrleute unverändert hoch: Der Zeitdruck nehme nicht ab, die Leiter werde nicht niedriger, das Feuer brenne nicht langsamer oder weniger heiß.

Sollte eine Erhöhung der Altersgrenze dennoch angestrebt werden, schlagen die Gewerkschaften einen Kompromiss vor. Beamtinnen und Beamte müssten auf Antrag weiterhin die Möglichkeit haben, mit Vollendung des 60. Lebensjahres in den Ruhestand zu treten. Voraussetzung sei eine langjährige Tätigkeit im Einsatzdienst oder in Leitstellen. zab

### Feuerwehren

In Nordrhein-Westfalen sind nach Angaben der Landesregierung rund 16.700 feuerwehrtechnische Beamtinnen und Beamte beschäftigt – die meisten von ihnen in den 32 Berufsfeuerwehren (ca. 10.400) sowie hauptamtlich in einer der 396 Freiwilligen Feuerwehren (ca. 5.000). Hinzu kommen weitere bei den Werksfeuerwehren der Universitätskliniken Köln und Münster, am Institut der Feuerwehr, in den Leitstellen der Kreise und kreisfreien Städte sowie den Ministerien und Aufsichtsbehörden.

Als besonders belastungsintensiv gilt die Tätigkeit in der Laufbahngruppe 1 (z. B. Truppfrau bzw. -mann, Truppführerin bzw. -führer). Im Einsatzdienst arbeiten sie in der Regel in 24-Stunden-Schichten. Angehörige der Laufbahngruppe 2 (Zug- oder Verbandsführerinnen bzw. -führer) leisteten in der Regel weniger 24-Stunden-Schichten, so die Landesregierung.

## Standpunkte

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

### Feuerwehren ...



**Dr. Christos Katzidis**  
(CDU)



... sind unverzichtbar für unsere Gesellschaft. Ohne unsere haupt- und vor allem ehrenamtlichen Feuerwehrleute wäre unsere Gesellschaft deshalb gar nicht denkbar. Sie setzen sich täglich für die Menschen in unserem Land ein. Dafür gebührt ihnen Dank, unser aller Dank. Die Politik ist in der Verpflichtung, ihnen bestmögliche Arbeitsbedingungen zu gewährleisten.



**Christina Kampmann**  
(SPD)



... leisten für unsere Gemeinschaft einen äußerst verantwortungsvollen und für die eigene Gesundheit und das eigene Leben oftmals risikoreichen Dienst, der allerhöchsten Respekt verdient.



**Dr. Julia Höller**  
(Grüne)



... sind ein unverzichtbarer Teil unserer Gesellschaft. Sie stehen rund um die Uhr bereit, helfen bei Bränden, Unfällen, Naturkatastrophen oder anderen Gefahrenlagen und sorgen für unsere Sicherheit. Dabei sind Feuerwehrleute häufig selbst großen Gefahren ausgesetzt. Neben den Berufsfeuerwehren engagieren sich in NRW fast 100.000 Menschen ehrenamtlich in der Freiwilligen Feuerwehr. Ihnen allen gilt unser Dank!



**Marc Lürbke**  
(FDP)



... leisten herausragende Arbeit für die Sicherheit in unserem Land. Unsere Feuerwehrleute sind 365 Tage, 7 Tage die Woche im Dienst, um die Bevölkerung zu schützen und größeres Unheil zu verhindern. Sie engagieren sich oft über den regulären Dienst hinaus, sind vielfach ehrenamtlich aktiv. Sie sind für unsere Gesellschaft unverzichtbar und verdienen daher unseren größten Respekt und unsere Anerkennung statt schwarze-r Grängelung.



**Markus Wagner**  
(AfD)



... sind Helden des Alltags. Sie leisten Außerordentliches und riskieren tagtäglich im Einsatz ihr Leben, um unseres zu schützen. Daher gebührt ihnen unser aufrichtiger Dank. Es ist unser Anspruch, unserer Feuerwehr das bestmögliche Material sowie ausreichend Personal zur Verfügung zu stellen, damit sie für ihre komplexen Aufgaben gerüstet ist.

# Altersgrenze bei der Feuerwehr

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

## Die Belastung ...

... durch die Schichtdienste und Einsätze ist enorm. Hinzu kommt, dass jeden Tag etwas anderes passieren kann, kein Einsatz wie der vorherige ist und sich Feuerwehrleute auch heutzutage Angriffen ausgesetzt sehen. Vor dem Hintergrund der Belastungen genießen unsere Feuerwehrleute zu Recht mit den besten Ruf von allen Berufsgruppen, nicht nur bei uns in Deutschland, sondern weltweit!

... im feuerwehrtechnischen Dienst ist sowohl in physischer als auch in psychischer Hinsicht enorm: Sie umfasst Arbeiten im 24-Stunden-Dienst und bis zu 48 Stunden in der Woche sowie die Bereitschaft, jederzeit zur Hilfeleistung, zum Schutz vor drohenden Gefahren und zur Rettung von Menschen aus lebensbedrohlichen Lagen einsatzbereit zu sein.

... bei der Feuerwehr ist sowohl körperlich als auch psychisch enorm hoch. Die Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner arbeiten unter extremen Bedingungen und müssen immer wieder mit traumatischen Erfahrungen umgehen. Umso erschreckender sind Angriffe auf Einsatzkräfte, egal ob verbal oder physisch. Dem stellen wir uns entschieden entgegen.

... für unsere Feuerwehrleute ist riesig und wächst durch immer größer werdende Herausforderungen stetig weiter. Fachkräftemangel, 24-Stunden-Schichten, wachsende Herausforderungen durch Extremwetter, komplexe Großschadensereignisse oder das Tragen von 30-Kilogramm-Ausrüstung im Einsatz. Vor diesem Hintergrund gleicht die Anhebung der Altersgrenze einem Schlag ins Gesicht.

... für die Frauen und Männer der Feuerwehr sind enorm hoch. In den kommenden Jahren werden diese noch weiter ansteigen, da sich die Einsatzzeiten permanent erhöhen. Es ist daher umso wichtiger, dass dieser Gesetzentwurf nicht umgesetzt wird. Er würde zu einer dramatischen Mehrbelastung führen, den Beruf des Feuerwehrmannes erschweren und unattraktiver machen.

## Eine Anhebung der Altersgrenze ...

... wird nicht nur im Feuerwehrbereich diskutiert. Berücksichtigen muss man aber die besonderen Belastungen des Feuerwehrdienstes, weshalb Feuerwehrleute im öffentlichen Dienst nicht bis zum 67. Lebensjahr arbeiten müssen, sondern zu Recht früher in den Ruhestand gehen. Bei der Diskussion um eine Anhebung ist uns als Fraktion eine einheitliche Altersgrenze wichtig.

... ist ein Zeichen von mangelndem Respekt vor der Lebensleistung der Männer und Frauen bei der Feuerwehr und wird den enormen Belastungen, die der feuerwehrtechnische Dienst mit sich bringt, nicht gerecht.

... für den Eintritt in den Ruhestand muss die Belastungssituation bei der Feuerwehr berücksichtigen. Weil die Arbeit kein Job wie jeder andere ist, müssen Feuerwehrmänner und -frauen auch weiterhin wesentlich früher als andere Beamtinnen und Beamte in den Ruhestand gehen können. Wir nehmen die Rückmeldungen aus der Feuerwehr ernst. Uns ist eine einheitliche Regelung für alle Feuerwehrleute wichtig.

... wäre unausgegoren und ungerecht. Ein solcher Schritt ist nicht nur fachlich widersinnig, sondern auch in keiner Weise hilfreich im Kampf gegen den Fachkräftemangel oder den demografischen Wandel. Das zeigen uns auch die zahlreichen Stellungnahmen diverser Sachverständiger. Unsere Feuerwehrleute verdienen Respekt und Anerkennung. Das muss sich auch in den Arbeitsbedingungen widerspiegeln.

... lehnen wir ab. Unsere Feuerwehrleute dürfen nicht schlechter gestellt werden als ihre Kollegen in anderen Bundesländern. Mit Blick auf andere Bundesländer sollte stattdessen eine Weiterbeschäftigung bis 62 auf freiwilliger Basis möglich sein, wenn Beschäftigte für diesen anspruchsvollen Beruf fit genug sind.

## Fachkräftemangel ...

... ist ein gesamtgesellschaftliches Problem in Deutschland und kein spezifisches Problem der Feuerwehren. Wenn unsere Feuerwehren nicht mehr zur Brandlöschung, Hilfeleistung und/oder Krisenbewältigung ausrücken können, potenzieren sich die Schäden für unsere Gesellschaft um ein Vielfaches. Deshalb müssen wir alles tun, um einen Fachkräftemangel bei unseren Feuerwehren zu verhindern.

... wird man nicht dadurch beheben, indem man den feuerwehrtechnischen Dienst durch die Anhebung der Altersgrenzen unattraktiver macht.

... ist wie in vielen Bereichen auch bei der Feuerwehr eine große Herausforderung. Es bedarf vielfältiger Maßnahmen, um den Beruf attraktiv zu halten. Dazu zählt auch eine Verbesserung der Gesundheitsprävention, zum Beispiel der psychologischen Unterstützung, um die Beamtinnen und Beamten bei der Verarbeitung von belastenden Einsätzen zu unterstützen.

... bekämpft man nicht, indem man die Menschen, die Jahrzehnte lang im Ernstfall mit Leib und Leben für unsere Sicherheit kämpfen, einfach noch länger buckeln lässt. Wir müssen für attraktive Rahmenbedingungen sorgen und in unsere Feuerwehren investieren, um den Beruf des Feuerwehrmanns und der Feuerwehrfrau attraktiver zu gestalten. Das funktioniert nicht mit der geplanten Anhebung der Altersgrenze.

... gibt es. Und zwar trotz 12 Prozent Schulabbrechern, knapp 3 Millionen Arbeitslosen und millionenfacher ungesteuerter Migration. Damit sind bereits die wichtigsten allgemeinen Hebel beschrieben, die politisch verantwortet sind. Spezifisch für die Feuerwehr kommt hinzu: Es bedarf dringend einer umfassenden Anwerbungsoffensive, um den Bedarf zumindest halbwegs zu decken.

# Am Puls der Demokratie: Per

Der Landtag ist das „Haus der Bürgerinnen und Bürger“ und öffnet seine Türen gern für Gäste. Rund 90.000 Besucherinnen und Besucher pro Jahr kommen nach Düsseldorf, um persönlich den Landtag kennenzulernen. Doch auch wer nicht vor Ort ist, kann mittendrin sein – im Herzen der parlamentarischen Demokratie in Nordrhein-Westfalen. Ein Überblick über die Möglichkeiten, dem Landtag aus der Ferne ganz nah zu kommen.

Freilich: Wer einen Eindruck vom lebhaften Treiben im nordrhein-westfälischen Landesparlament bekommen möchte, wird im Internet fündig, kann Social-Media-Kanäle aufrufen oder auch in wertigen, handfesten Broschüren blättern. Aber drinnen zu stehen, sich umzuschauen, der großen Treppe zu folgen, den Aufzug zu betreten, ein Gemälde von Nahem zu betrachten oder in der Mitte des Plenarsaals zu stehen – das ist etwas anderes. Es bedeutet, mit der Demokratie hautnah in Berührung zu kommen. Und das geht nicht nur in Düsseldorf, sondern (fast genauso) auch von Ostwestfalen oder dem Münsterland aus, ebenso wie im Urlaub oder Lieblingscafé:

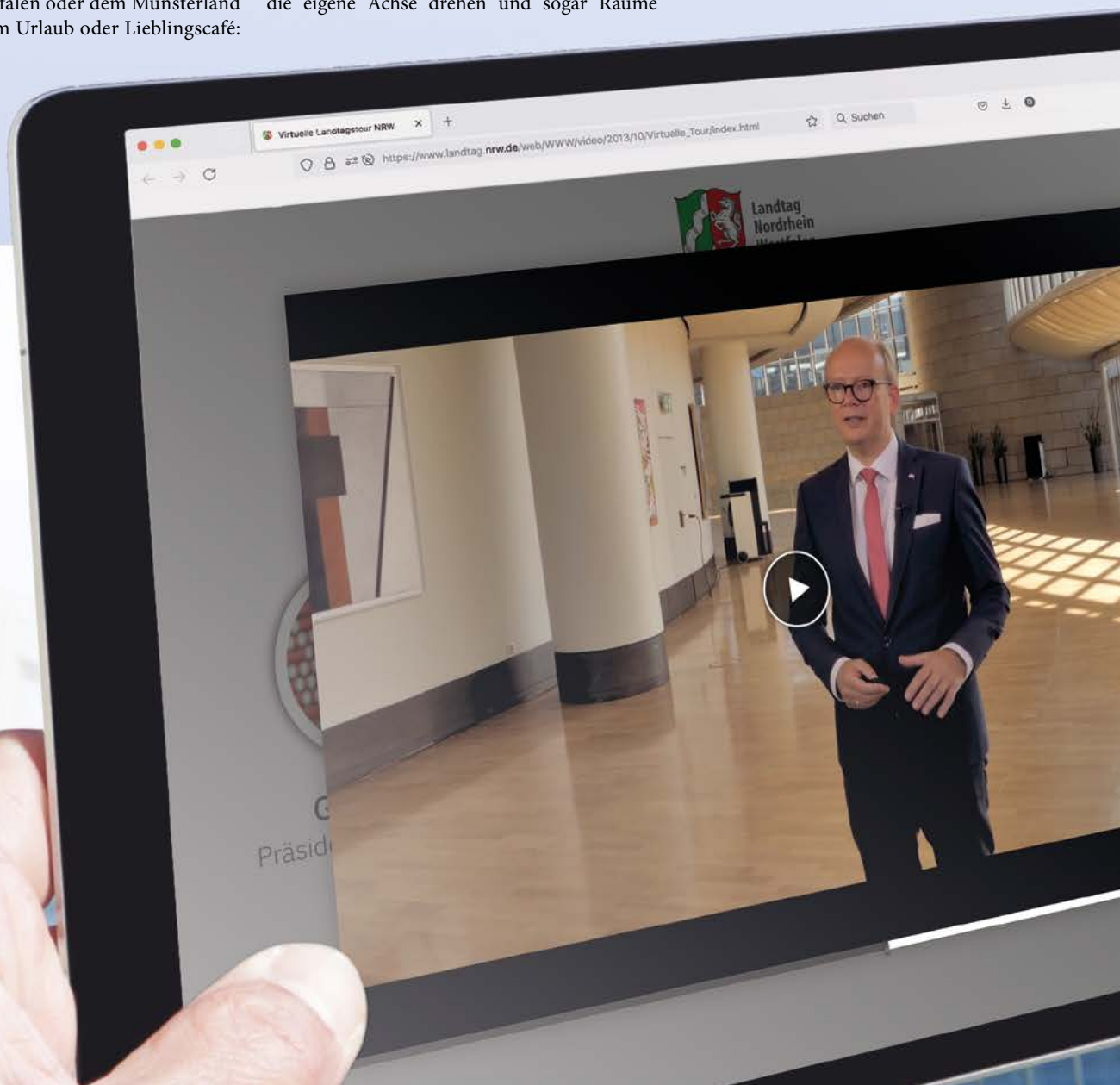
nämlich überall dort, wo es eine stabile Internetverbindung gibt. „Es ist uns wichtig, auch virtuelle Demokratie-Erlebnisse zu schaffen“, sagt André Kuper, Präsident des Landtags.

## Mediathek

Möglich macht's der virtuelle Landtag, wo Besucherinnen und Besucher nicht nur dem Landtagspräsidenten begegnen, sondern auch der besonderen Umgebung. In einer virtuellen Tour können sich Nutzerinnen und Nutzer im Parlamentsgebäude bewegen, sich darin um die eigene Achse drehen und sogar Räume

betreten, die sonst längst nicht immer für alle zugänglich sind – wie etwa den Empfangsraum des Präsidenten, Fraktions- und Ausschusssäle oder den Raum der Stille. Wer mag, kann einen Blick in die Bibliothek werfen oder sich im runden Plenarsaal umschauen. Hier ist es, wo die Abgeordneten um die besten Lösungen ringen und schlussendlich Entscheidungen treffen, die für das ganze Land gelten – für alle Menschen in Nordrhein-Westfalen. Wer in der virtuellen Tour die Besuchertribüne betritt, gewinnt einen Eindruck aus der Vogelperspektive auf die Plätze der Volksvertretung. Und wie die Arbeit

Der Präsident des Landtags, André Kuper, begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der virtuellen Tour in der Wandelhalle des Landtags.





# Klick mitten in den Landtag

der Abgeordneten aussieht, wie die parlamentarische Demokratie und die Gesetzgebung funktionieren, das erfahren Besucherinnen und Besucher der virtuellen Tour ebenfalls: nämlich im Landtagsforum, wo es erklärende Filme und noch mehr zu sehen gibt.

Das Parlamentsgebäude als Ort der parlamentarischen Demokratie ist schon für sich genommen eine virtuelle Reise wert. Aber auch an den inhaltlichen Debatten können Interessierte aus der Ferne teilhaben. An Plenartagen werden die kompletten Sitzungen, die in der Regel von 10 Uhr bis in die Abendstunden dauern, live im Internet übertragen – auch als barrierefreier Stream in Gebärdensprache und mit Untertitelung. Im Anschluss werden sie archiviert. Wer also Debatten im Nachgang anschauen und Argumente, Wort und Widerwort nachvollziehen möchte, wird in der Mediathek fündig.

Ein klassischer Grund, den Landtag vor Ort zu besuchen, ist die Gelegenheit, an Angeboten des Besucherdienstes teilzunehmen. Sie machen Demokratie besonders gut erlebbar. Eine Führung durchs Haus, Erklärungen zur Parlamentsarbeit – echte Menschen können lebhaft vermitteln, wie die Demokratie funktioniert. Und in den digitalen Entdecker-Touren des Landtags tun sie dies ebenfalls: So können sich Gruppen beim Besucherdienst für einen virtuellen Rundgang anmelden, bei dem sie zunächst einen Erklärfilm über die Funktionen des Landtags und die Arbeit der Abgeordneten sehen. Danach führt eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter des Besucherdienstes online durch den Landtag, gibt vertiefende Informationen zur Arbeitsweise des Parlaments und Antworten auf die konkreten Fragen der Teilnehmenden. Auf Wunsch schließt sich ein Gespräch mit einer oder einem Abgeordneten an: ein Demokratie-Erlebnis im direkten Austausch. An Plenartagen ist ein virtueller Plenarbesuch möglich: Im Anschluss an den Erklärfilm erläutert der Besucherdienst, um welche Themen es in der Plenarsitzung des Ta-

ges geht. Per Livestream verfolgen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dann die Debatte, danach ist Raum für weitere Informationen und Rückfragen. Auch hieran lässt sich ein Abgeordnetengespräch anschließen, um in direkten Kontakt zu treten.

Aber natürlich ist der Landtag auch einen persönlichen Besuch wert. Wessen Weg also einmal nach Düsseldorf führt, ist herzlich eingeladen, das Landesparlament zu besuchen. Es öffnet seine Türen, um den Menschen zu begegnen – digital und analog. sow

Hier geht's zur virtuellen Tour:

<https://lt.nrw/VirtuelleTour>



Digitale Entdecker-Touren:

<https://lt.nrw/digitale-entdecker-touren>



## Digital und analog

Beide Türen werden gern genutzt: Die digitalen Angebote erfreuen sich immer größerer Beliebtheit. Gleichzeitig reißt der Besucherstrom nicht ab: Die Teilnahme an Besuchsprogrammen im Landtag ist beliebter als je zuvor. Regelmäßig wird das Parlamentsgebäude auch von Kindern und Jugendlichen bevölkert – im Jahr 2023 waren es rund 31.000 Schülerinnen und Schüler, die „Demokratie live vor Ort“ kennengelernt haben. Veranstaltungen wie die Parlamentsnacht, der Weltkindertag, die Nacht der Museen oder der Tag der offenen Tür haben zusätzlich mehr als 10.000 Menschen ins Parlament gelockt, sodass sich der Landtag im vergangenen Jahr sogar über insgesamt mehr als 100.000 Demokratie-Kontakte freuen konnte. Auf umgekehrtem Weg kam es ebenso zu zahlreichen Begegnungen: Im vergangenen Jahr hat der Landtag 57 Schulen besucht, um mit jungen Menschen ins Gespräch zu kommen. Das bedeutet bei 180 Schultagen im Jahr: Fast jeden dritten Tag sind Mitglieder des Landtagspräsidiums in einem Klassenzimmer zu Gast.

Ob es Schülerinnen und Schüler sind, die dem Landtag auf seinen Social-Media-Kanälen folgen? Allgemein bekannt ist, dass im Durchschnitt eher jüngere Menschen

auf Instagram, Youtube, auf X oder bei LinkedIn unterwegs sind. Dort bietet das Social-Media-Team des Landtags einen Blick hinter die Kulissen. Zudem wird der Landtag als Arbeitgeber greifbar. Sogenannte Reels, Kurzvideos auf Instagram (@landtag\_nrw), erreichen bis zu 58.000 Menschen. Beim Kurznachrichtendienst X (ehemals Twitter) hat der Landtag rund 10.700 Follower. Bei LinkedIn präsentiert er sich als Arbeitgeber. Rund 3.800 Nutzerinnen und Nutzer folgen ihm. Zwei Angebote sind kürzlich hinzugekommen: Youtube Shorts, zu finden auf Youtube unter @NRWLandtag, und ein WhatsApp-Infokanal des Landtags. Die Social-Media-Angebote, mit denen er das erfolgreichste deutsche Landesparlament ist, sollen weiter ausgebaut, Demokratie noch breiter erlebbar werden.

Das umfassende Internetangebot des Landtags beinhaltet Neuigkeiten und erklärende Texte, Parlamentsdokumente, Debatten, Berichte über Veranstaltungen und vieles mehr. Im Jahr 2023 gab es rund 3,2 Millionen Seitenaufrufe.

Für alles gilt: Tendenz steigend. Das große Interesse der Menschen, egal ob im Parlamentsgebäude oder am digitalen Endgerät, freut den Landtag. Schließlich ist er das „Haus der Bürgerinnen und Bürger“.

Foto: Schälte

# Sitzung

## AUS DEN FRAKTIONEN

Foto: Schälte

### Austausch mit IGBCE-Chef Vassiliadis: „NRW muss Industriemotor bleiben“

Die Kraftwerkstrategie der Bundesregierung reicht nicht aus und gefährdet den vorgezogenen Kohleausstieg: Darin sind sich die CDU-Landtagsfraktion, die Landesregierung und die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie bei einem Austausch im Landtag einig. IGBCE-Vorsitzender



Foto: CDU-Landtagsfraktion/Ralph Sondermann  
Thorsten Schick (v.r.) mit Michael Vassiliadis und Hendrik Wüst.

Michael Vassiliadis war zu Gast in der Fraktionsitzung und anschließend Teilnehmer einer gemeinsamen Pressekonferenz.

Um die Industrie von hohen Energiepreisen zu entlasten, sind wirksame Maßnahmen der Bundesregierung notwendig – zum Beispiel in Form eines zeitlich begrenzten Brückenstrompreises, forderten Ministerpräsident

Hendrik Wüst und Michael Vassiliadis.

„Die Auswirkungen der hohen Energiepreise spürt man überall. Deshalb legen wir trotz schwieriger haushalterischer Rahmenbedingungen einen Schwerpunkt auf Investitionen in die Transformation hin zum klimaneutralen Industriestandort“, machte der CDU-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schick klar. „Dass wir gute Arbeit leisten und Nordrhein-Westfalen im Bundesländervergleich gut positioniert ist, zeigen aktuelle Studien: Ausländische Investoren bewerten den Standort NRW als Nummer 1 in Deutschland.“

„Wir sind an einem Punkt, wo teure Energie zerstörerisch wirkt – und zwar nicht nur in der

Industrie“, sagte Michael Vassiliadis. „Deutschland ist das Herz der europäischen Industrie. Nordrhein-Westfalen soll in Deutschland und Deutschland in Europa Industriemotor bleiben.“

Hendrik Wüst verwies auf die im vergangenen Jahr gegründete Chemie-Allianz von 14 Bundesländern und den Chemie-Gipfel im Kanzleramt im Herbst.

Damals sei ein weiteres Treffen im März verabredet worden. Dieses erneute Spitzengespräch habe es bisher noch nicht gegeben. NRW und die IGBCE werden hier weiter Druck machen.



### 25 Jahre Berufskolleg: eine Erfolgsgeschichte in herausfordernden Zeiten

Der Schulausschuss des Landtags NRW verabschiedete am 26. Mai 1999 die Ausbildungs- und Prüfungsordnung Berufskolleg NRW. Nur wenig später – am 1. August – nahmen die Berufskollegs ihre Arbeit auf. Anlässlich des Jubiläums der Bildungsinstitution Berufskolleg in diesem Jahr luden wir Anfang Mai in den Landtag. Mehr als 100 Gäste verfolgten, wie die Vorsitzende des DGB NRW, Anja Weber, in ihrer Rede die Bedeutung der beruflichen Bildung hervorhob. Anschließend zeigten die Professoren Dieter Euler und Günter Kutscha die bisherige Entwicklung sowie mögliche Perspektiven für Berufskollegs auf.

In zwei Panels vertieften die Gäste im zweiten Teil der Veranstaltung die Thematik: Im Panel „Duale Ausbildung – Fachkräfte Made in Germany“ wurde unter anderem die Idee formuliert, die berufliche und akademische



Vor mehr als 100 Gästen beleuchtete Wirtschaftspädagoge Dieter Euler die Erfolgsgeschichte des Berufskollegs.



Bildung in der Verfassung gleichzustellen. So könnten Anreize für zum Beispiel handwerkliche Berufe geschaffen werden. Finanzielle und personelle Ressourcen waren das Thema der Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Panel „Wie gelingt berufliche Bildung in herausfordernden Zeiten?“. So brauche es mehr Lehrkräf-

te und eine bessere Ausstattung der Berufskollegs, um jungen Menschen einen guten Einstieg in das Berufsleben zu ermöglichen.



## Ernst nehmen, wem die Zukunft gehört – der Grüne Jugendkongress

44 Jahre – mit diesem Durchschnittsalter ist die Grüne Fraktion zwar die jüngste im Landtag NRW –, aber zugegeben: Jugendlich sind unsere Abgeordneten nicht mehr. Wir wollen aber wissen, was junge Menschen bewegt, was sie für Ideen für unsere aktuellen Herausforderungen haben und was sie sich von Politikerinnen und Politikern wünschen. Wir haben daher Mitte April unter dem Motto „Meine Zukunft. Deine Zukunft. Unsere Zukunft“ zu einem großen Jugendkongress in den Landtag eingeladen.

„Stark gegen Rechtsextremismus und Rassismus“, „Mit KI unsere Zukunft gerecht und nachhaltig gestalten“, „Kino, Schuhe, Playstation – was heißt eigentlich Teilhabe bei jungen Menschen?“ – in diesen und weiteren Workshops haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Perspektive von jungen Menschen



Fotos: Andreas Endermann

eingetragen. „Die guten Ideen, ihre klare Haltung für eine vielfältige Gesellschaft und für mehr Klimaschutz lassen uns zuversichtlich in die Zukunft blicken“, bilanziert Verena Schäfer, Vorsitzende der Grünen Landtagsfraktion. „Unsere Verantwortung als Landtagsabgeordnete ist es, die Interessen auch der jungen Menschen zu vertreten und ihren Perspektiven Gehör zu verschaffen“, ergänzt die Vorsitzende

Wibke Brems. „Ganz konkret bereiten wir daher die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre für Landtagswahlen vor. Denn die Zukunft gehört der jungen Generation.“



## FDP fordert Verlässlichkeit und Qualität in der Ganztagsbetreuung

Anfang März 2024 hat die NRW-Landesregierung ein dreiseitiges Papier zum Rechtsanspruch auf Offene Ganztagsbetreuung vorgelegt, das mehr Fragen aufwirft, als es beantwortet. Franziska Müller-Rech, schulpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion NRW, wirft Schwarz-Grün vor, die Gelegenheit, die Ganztagsbetreuung an Grundschulen zu verbessern, ungenutzt verstreichen zu lassen: „CDU und Grüne haben die rechtliche Absicherung vernachlässigt. Das ist ein politischer Offenbarungseid!“ Denn diese Untätigkeit stürzt Familien, Träger und Kommunen jetzt in neue Unsicherheiten.

Wir fordern die Landesregierung auf, dass sie ein Ausführungsgesetz bis zum Sommer 2024 vorlegt, um den Rechtsanspruch auf Ganztagsförderung für Grundschulkindern ab



Foto: James Zabel

Franziska Müller-Rech (FDP)

2026 sicherzustellen: „Die Landesregierung muss die notwendigen Schritte für gerechte Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen und für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf organisieren. Wir brauchen Verlässlichkeit und Qualität in der Ganztagsbe-

treuung“, so Müller-Rech. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels ist eine verlässliche Betreuung essentiell. Unternehmen suchen händelnd nach Fachkräften. Und Eltern benötigen dringend passgenaue Betreuungsangebote, um Arbeits- und Familienzeiten unter einen Hut zu bringen.

Wir fordern einen klaren Plan für die Ganztagsbetreuung und qualitative Mindeststandards in Nordrhein-Westfalen. Ohne ein entsprechendes Landesausführungsgesetz und weitere Unterstützung der Träger gerät das System ins Wanken.



## Gewalt entgegentreten – immer!



Markus Wagner (AfD)

Während ich die folgenden Zeilen schreibe, ist gerade ein Attentat auf den slowakischen Regierungschef Fico verübt worden. Hoffentlich

überlebt und gesundet er. Obwohl der Täter von links kam und er von Fico nichts hält, nahm Robert Habeck das Attentat zum Anlass, es innenpolitisch gegen die AfD zu instrumentalisieren. Das ist nicht nur unredlich, es verschärft das Klima weiter. Auch Ministerpräsident Hendrik Wüst ist sich nicht zu schade, im demokratischen Wettstreit die bürgerliche Opposition als „Nazi-Partei“ zu bezeichnen. Ganz abgesehen davon, dass ihm sein eigener Innenminister aufschreibt, dass das natürlich nicht stimmt, es ist vor allem eine Relativierung des Nazi-Terrors. 469 Gewalttaten gegen die AfD und 213 gegen Grün seit 2019 sind mehr als genug. Wir benötigen keinen Ministerpräsidenten, der das Klima noch weiter vergiftet.

Schwere Gewalttaten, egal wer sie begeht und ganz gleich, wer sie erleidet, sollten im-

mer hinter Gittern enden. Auch, wenn wir als AfD besonders häufig von Gewalttaten gegen unsere Mitglieder betroffen sind, bin ich dagegen, aus Politikern eine Opfergruppe der Extraklasse zu machen. Es spielt für mich keine Rolle, welche Hautfarbe, sexuelle Präferenz oder politische Richtung jemand hat. Wir alle sind Bürger. Wir alle sollten uns gleichermaßen auf den Rechtsstaat verlassen können. Gewalt hat in unserer Demokratie keinen Platz – von niemandem, gegen niemanden.



# Eine Säule des Friedens: „Engel

23. April 2024 – Vor dem Landtag steht eine Skulptur. Sie ist im ständigen Entstehen begriffen, und ihr Ziel ist Jerusalem. Erstmals ist sie öffentlich zu sehen. Die Skulptur ist Ausdruck und zugleich Ergebnis der Kunstaktion „Engel der Kulturen“. Aus 145 aufeinandergeschichteten Engeln besteht sie derzeit, und es werden immer mehr. Jeder Engel ist Zeichen des gelebten interkulturellen Miteinanders an den verschiedensten Orten in Nordrhein-Westfalen, Deutschland und Europa.

Ein „Zusammenleben in versöhnter Verschiedenheit“ – das ist es, was das Künstlerpaar Carmen Dietrich und Gregor Merten antreibt. Das friedliche Miteinander von Religionen und Kulturen, das vielerorts gelebt wird, gibt ihnen recht. Und mit ihrer Kunstaktion „Engel der Kulturen“ kommt es deutlich sichtbar zum Ausdruck.

Dreh- und Angelpunkt des Projekts ist ein ringförmiges Stahlelement, aus dem drei Symbole zur Mitte hin heraustreten. Es handelt sich um das Kreuz, den Halbmond und den Davidstern – Zeichen für Christentum, Islam und Judentum, die hier künstlerisch eine Verbindung eingehen. Zugleich formt sich durch die drei religiösen Symbole im Innenraum des Rings ein Engel – der „Engel der Kulturen“. Würde eines der drei Symbole im Kreis fehlen, wäre kein Engel mehr zu sehen. Unverkennbare Bot-

schaft: „Aus diesem Kreis ist keine Gruppe herauszulösen, ohne dass alle anderen erkennbar mitbeschädigt werden“, beschreiben Carmen Dietrich und Gregor Merten ihre Überzeugung und betonen: Die drei Symbole stünden stellvertretend für alle Religionen und Kulturen.

Der 65 cm große stählerne Ring wird im Künstleratelier mit blau eingefärbtem Spezialbeton ausgegossen. Und dann geht er auf Reisen: Als Intarsie ist ein solcher „Engel der Kulturen“ an vielen Orten in Nordrhein-Westfalen, Deutschland und Europa in den Boden eingelassen – dort, wo sich Menschen zusammengetan haben, um den interreligiösen Dialog bei ihnen vor Ort sichtbar zu machen.

Der „Engel der Kulturen“ findet sich inzwischen vor Gotteshäusern verschiedener

Religionen, vor Schulen und Kitas, auf Markt- und Stadtplätzen, vor Rathäusern und Parlamenten – seit knapp zehn Jahren auch in unmittelbarer Nähe des Landtags.

## „Freiheit und Toleranz“

Vor dem Landtag aufgestellt ist nun der „Engel der Kulturen“ als mobile Großskulptur mit einem Durchmesser von 2,50 Metern. Daneben ist die „Friedenssäule für Jerusalem“ zu sehen. Der Präsident des Landtags, André Kuper, sagt: „Christentum, Judentum und Islam vereint in einem Symbol: Der ‚Engel der Kulturen‘ ist eine Botschaft des Friedens und der Verständigung von Religionen und Kulturen. Nationalisten, Populisten und Extremisten versuchen, unsere Gesellschaft zu spalten und Nationen und Kulturen gegeneinander aufzubringen. Ihnen stel-

Meterhoher Blickfang vor dem Landtag: die „Friedenssäule von Jerusalem“ und der „Engel der Kulturen“ mit Halbmond, Kreuz und Davidstern  
Foto: Engel der Kulturen



# der Kulturen“ am Landtag



Im Inneren entsteht ein Engel: Vizepräsidentin Berivan Aymaz mit dem Künstlerpaar Carmen Dietrich (l.) und Gregor Merten und seinem Kunstwerk Fotos: Schälte



Gemeinschaftsaufgabe: Verlegung der Bodenintarsie in Landtagsnähe im Jahr 2014

len wir die Flamme der Demokratie mit ihren Werten von Freiheit und Toleranz entgegen. Der ‚Engel der Kulturen‘ ist ein starkes Symbol dieser Werte.“

Es ist nicht nur ein Projekt von starkem Symbolcharakter, sondern bringt darüber hinaus Menschen zusammen. Denn es lebt vom Mitmachen. Die Verlegung der Intarsie geschieht bewusst als sichtbare Aktion und wird häufig begleitet von einem interkulturellen Fest, an dem immer auch Kinder- oder Jugendgruppen beteiligt sind.

Zunächst sind Stärke und Gemeinschaft gefragt, denn es braucht einige Körperkraft, um eine 1,50 Meter große mobile Skulptur des Engels der Kulturen durch den Ort zu rollen – dorthin, wo die kleinere Intarsie ihren dauerhaften Platz finden soll. Begleitet wird der Umzug von denen, die zusammengekommen sind, um gemeinsam ein Zeichen für interkulturellen Frieden zu setzen. Auf dem Weg durch ihren Ort legen sie die mobile Großskulptur an verschiedenen Stellen vorsichtig ab und füllen ihren Innenraum mit weißem Quarzsand. Mithilfe von Schwerlastmagneten richten sie den 80 Kilogramm schweren rollenden Koloss anschließend wieder auf und setzen ihren Weg fort. So entstehen auf dem Weg Spuren des Friedens.

Am Zielort ist es in der Regel eine gemeinschaftliche Aufgabe von Angehörigen verschiedener Religionen, die Intarsie im Boden zu verankern und damit das gelebte, friedliche Miteinander dauerhaft sichtbar zu machen.

Aber die Kunstaktion beinhaltet noch mehr: Nach Verlegung der Intarsie erschaffen die Beteiligten vor Ort die Grundform für die Nächsten, die andernorts an dem Projekt teil-

nehmen möchten. Mit Hilfe des Künstlerduos brennen sie aus Stahl die Umrisse der Plastik heraus. Nach einem beherzten Schlag mit dem Vorschlaghammer löst sich Innenfläche aus der Stahlplatte und lässt das Ringsymbol entstehen.

Heraus fällt ein Engel aus Stahl. Anders als der Engel aus Sand zeichnet er sich durch Beständigkeit aus. Und er wird gebraucht: Aus allen Engeln, jeweils 20 Kilogramm schwer, entsteht die „Friedenssäule für Jerusalem“, eine bereits rund 3 Meter hohe Skulptur, die von Aktion zu Aktion wächst. Sie lebt von der bewussten Entscheidung der jeweils Beteiligten, sich zum interkulturellen Miteinander zu bekennen. Die Kunstschaffenden sprechen deshalb auch von einer „sozialen Plastik“.

## Gemeinsam betrachtet

Vor dem Landtag ist die „Friedenssäule für Jerusalem“ noch bis zum 28. Juni 2024 zu sehen, ebenso die Großskulptur „Engel der Kulturen“. Auch hier waren viele zusammengekommen, um die Kunst gemeinsam zu betrachten und eine begleitende Ausstellung zu sehen: nicht nur Abgeordnete, sondern ebenso Vertreter des Zentralrats der Muslime, des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden und Angehörige der Kirchen. Außerdem zahlreiche Kinder und Jugendliche von vier Schulen und aus verschiedenen Kulturen. Zu all den Gästen sagte Berivan Aymaz, Vizepräsidentin des Landtags: „Von dem Kunstprojekt ‚Engel der Kulturen‘ geht eine Hoffnung, eine Ermutigung für Frieden und demokratisches Miteinander aus. Gerade in Zeiten, die geprägt sind von weltweiten Konflikten, Kriegen und dem Erstarken von nationalistischen und rechtsextremen Kräften

bedarf es starker Zeichen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und freiheitliche Werte. Es macht Mut, dass sich so viele junge Menschen im Kunstprojekt von Carmen Dietrich und Gregor Merten engagieren.“

Geplant ist, die wachsende Säule dauerhaft in Jerusalem aufzustellen – „verbunden mit dem Wunsch nach einem friedlichen und respektvollen Miteinander“, wie Carmen Dietrich und Gregor Merten betonen. Mit der Ausstellung im Landtag möchten sie auch bei den Abgeordneten um Unterstützung für dieses Vorhaben werben: „Lasst uns gemeinsam dieses Zeichen setzen!“

Dort, wo sich jüdisches, armenisches, christliches und muslimisches Viertel begegnen, im Herzen der Altstadt von Jerusalem, soll sie stehen. Die Friedenssäule soll ermutigen und Solidarität ausdrücken. Und sie soll auch dort weiterwachsen: Engel um Engel – mit jeder Aktion, bei der Menschen verschiedener Religionen und Kulturen ihre Überzeugung für den interreligiösen Frieden in Stahl brennen und fest im Boden verankern. SOW

## Hintergrund

Das Projekt „Engel der Kulturen“ haben die Kunstschaffenden Carmen Dietrich und Gregor Merten im Jahr 2008 ins Leben gerufen. Sie fanden im künstlerischen Prozess zum verbindenden Ringsymbol mit Kreuz, Davidstern und Halbmond. Erst dann wurde überraschend sichtbar, dass im Inneren des Rings der Umriss eines Engels entstanden war. Auf ihrer Internetseite lässt sich nachvollziehen, wo die Bodenintarsie bereits verlegt wurde: [www.engel-der-kulturen.de](http://www.engel-der-kulturen.de)



Foto: Schälte

## GESETZGEBUNG

# Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksache | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

**Gesetz zur Einführung des integrierten Bachelors im Studium der Rechtswissenschaft mit dem Abschluss erste Prüfung sowie betreffend das duale Studium und zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes** | [18/8827](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 24. April 2024 | Überweisung an den Wissenschaftsausschuss

**Gesetz über die Offenlegung staatlicher Zahlungen an Journalisten (Zahlungsoffenlegungsgesetz NRW)** | [18/5830](#) | AfD | 2. Lesung am 24. April 2024 | abgelehnt

**Gesetz zur Änderung des Justizgesetzes Nordrhein-Westfalen und des Schiedsamtgesetzes** | [18/8826](#) | Neudruck | Landesregierung | 1. Lesung am 24. April 2024 | Überweisung an den Rechtsausschuss

**Gesetz zur Änderung des Verhältnismäßigkeitsprüfungsgesetzes** | [18/7860](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 24. April 2024 | verabschiedet

**Viertes Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen** | [18/7534](#), [18/9197](#) | Neudruck, [18/9241](#), [18/9282](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 15. Mai 2024 | 3. Lesung am 17. Mai 2024 | verabschiedet

**Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen** | [18/9155](#) | SPD, FDP | 1. Lesung am 15. Mai 2024 | Überweisung an den Hauptausschuss

**Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens und des Staatsgesetzes betreffend die Kirchenverfassungen der evangelischen Landeskirchen** | [18/9130](#) | CDU, Grüne | 1. Lesung am 15. Mai 2024 | Überweisung an den Hauptausschuss

**Gesetz über die Einführung einer optionalen Festlegung differenzierender Hebesätze im Rahmen des Grundvermögens bei der Grundsteuer Nordrhein-Westfalen** | [18/9242](#) | CDU und Grüne | 1. Lesung am 16.5.2024 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

**Gesetz über die Offenlegung von Parteimitgliedschaften in den Angeboten des Westdeutschen Rundfunks Köln (Parteimitgliedschaften-Offenlegungsgesetz NRW)** | [18/8112](#) | AfD | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

**Zweites Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes** | [18/8026](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung** | [18/7762](#) | FDP | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und weiterer wahlbezogener Vorschriften** | [18/7788](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

**Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer** | [18/7202](#) | FDP | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Stärkung der Wissenschaftsfreiheit** | [18/6376](#) | AfD | Wissenschaftsausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen** | [18/5834](#) | FDP | Hauptausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung der nordrhein-westfälischen Landesverfassung betreffend Gleichwertigkeit der beruflichen und der akademischen Bildung** | [18/4278](#) | FDP | Hauptausschuss | in Beratung

# Porträt: Marcel Hafke (FDP)



„Nein, aus einer politisch aktiven Familie stamme ich nicht“, lacht Marcel Hafke. „Aber dann kamen Joschka Fischer und die Grünen mit ihrem Fünf-Mark-Beschluss.“ Der Preis für einen Liter Benzin solle schrittweise auf fünf Mark angehoben werden, hatten die Grünen im März 1998 beschlossen – und als vom Motorsport begeisterter Teenager, der Kart fuhr und bei Tourenwagen-Rennen dabei war, erzählt Hafke, habe er sofort gedacht: „Das geht ja gar nicht!“

200 Mark habe sein erstes Auto, „ein richtig durchgenudeltes alter Opel Kadett“ gekostet, erinnert sich der Liberale. Stolz war er auf das Ding trotzdem. An der Tankstelle aber habe er sich gefragt: „Wie soll ich bei einem Spritpreis von fünf Mark jemals den Tank voll bekommen?“ Dann, sagt Hafke, „meinte eine gute Freundin, ich solle doch mal bei der FDP, bei den Jungen Liberalen vorbeischauen.“

Eine „ganz nette, junge Truppe“ seien die gewesen, schwärmt der Wuppertaler. Auch die Inhalte hätten gepasst: „Liberalismus ist für mich eine Lebenseinstellung“, sagt Hafke, der eine Ausbildung zum Versicherungskaufmann gemacht und ein Studium an der Fachhochschule Köln als Diplom-Kaufmann abgeschlossen hat. „Liberalismus bedeutet für mich, Verantwortung für sich selbst zu übernehmen, nicht immer nach anderen zu rufen, alles aus dem Leben machen zu können, was man will – oder was eben auch nicht.“

Im Jahr 2000 ist Hafke deshalb bei den Jungen Liberalen eingetreten.

„Und dann kriegen Sie in so einem kleinen Laden wie der FDP schnell einen Posten“, gibt

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Marcel Hafke, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion.

sich der heute 42-Jährige bescheiden. Dabei hat er eine steile Karriere hingelegt: Von 2004 bis 2010 war er Landeschef der FDP-Jugendorganisation. Schon seit 20 Jahren ist Hafke Mitglied des FDP-Landesvorstands, seit 2007 FDP-Kreisvorsitzender in seiner Heimatstadt Wuppertal, die er seit 2010 auch im Landtag vertritt. Nach der Landtagswahl 2022, bei der die FDP aus der Regierung flog, wurde er Parlamentarischer Geschäftsführer der Liberalen im Landtag.

Die Versicherungsgesellschaft, die er 2008 von seinem Vater übernommen hat, gab der Hobbyfotograf deshalb Ende 2023 auf. „Zusammen mit dem Job als Parlamentarischer Geschäftsführer, der die Arbeit der gesamten Fraktion organisiert und koordiniert, war das nicht mehr machbar“, bedauert er: „Die Woche hatte 80 bis 90 Arbeitsstunden.“ Trotzdem habe er den Job, der ihm ökonomische Unabhängigkeit jenseits des Politikbetriebs sicherte, gern gemacht. „Im Außendienst treffen Sie alle möglichen Leute, vom Bürgergeld-Empfänger bis zum Millionär.“

## Zivildienst

Geprägt hat Hafke auch seine Zivildienstzeit. „Ich habe in der Altenpflege gearbeitet“, erzählt er in seinem Landtagsbüro, „habe geholfen, alte Menschen zu waschen, ihnen das Essen zu reichen, sie anzuziehen.“ Hafke weiß daher genau, wie hart der Job ist. Den Liberalismus will er wohl auch deshalb nicht nur auf das Thema Ökonomie reduziert wissen. „Dass Leute in der Altenpflege mit 60 nicht mehr können – das kann ich schon verstehen“, sagt er nachdenklich.

Die vom FDP-Bundesparteitag Ende April geforderte Abschaffung der abschlagsfreien Rente für langjährig Versicherte sieht er deshalb skeptisch: „Wenn Leute 45 Jahre gearbeitet haben, darf man da nicht rangehen, gerade in anstrengenden Berufen wie der Altenpflege oder im Handwerk“, findet der Vater zweier Töchter, der auch fachpolitischer Sprecher seiner Fraktion für Familie, Kinder und Jugend ist.

„Kinder sollen in einer guten Welt aufwachsen“, sagt Hafke auf die Frage nach seiner Motivation. Nötig sei dazu nicht nur bestmögliche Bildung, meint der Sozialpolitiker, der immer wieder auf die mehr als 100.000 Kitaplätze hinweist, die allein in NRW fehlten, sondern auch eine klimaneutrale und zugleich preiswerte Energieversorgung. „Ohne die läuft nichts“, warnt er. „Ohne die gibt es keine Investitionen,

keine Wertschöpfung, keine gut bezahlten Arbeitsplätze gerade in der Stahl- und Chemieindustrie.“

Wie FDP-Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger will Hafke deshalb zukunftsoptimistisch die Technik der Kernfusion fördern. Geradezu „gefährlich“ sei dagegen, wie die Grünen zum Erreichen der Klimaziele allein auf Erneuerbare Energie zu setzen, findet der Liberale – und hofft, so wieder mehr Menschen für seine in Umfragen auch in NRW mal über, mal unter der Fünf-Prozent-Hürde liegende FDP begeistern zu können: „Bei der nächsten Landtagswahl wollen wir ein zweistelliges Ergebnis einfahren und wieder Regierungsverantwortung übernehmen.“ *Andreas Wyputta*

## Zur Person

Marcel Hafke (42) wurde in Bramsche geboren und hat zwei Kinder. Nach der Fachhochschulreife absolvierte er eine Ausbildung zum Versicherungskaufmann. Von 2004 bis 2008 folgte ein Studium an der Fachhochschule Köln. Von 2008 an arbeitete er als selbstständiger Versicherungskaufmann. Hafke ist seit 2000 FDP-Mitglied. Von 2004 bis 2010 war er Landesvorsitzender der Jungen Liberalen NRW, seit 2004 ist er Mitglied des FDP-Landesvorstandes und seit 2007 FDP-Kreisvorsitzender Wuppertal. Von Mai 2017 bis Mai 2022 war er stellvertretender Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion, seit Mai 2022 ist er deren Parlamentarischer Geschäftsführer. Marcel Hafke ist seit 2010 Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen.

## Nachgefragt

### Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Ich habe kein Lieblingsbuch, aber ich liebe Romane. Der letzte gute war von Phillip Peterson – NANO (es geht um die Chancen und Risiken von Technologie).

### Welche Musik hören Sie gerne?

WDR 2 hat eine gute Playlist.

### Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Joghurt

### Ihr liebstes Reiseziel?

Europa – am schönsten fand ich bislang Portugal.

## Kurz notiert

### „Sicher im Dienst“

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat sich am 16. Mai 2024 im Parlament mit dem Präventionsnetzwerk „#sicherimDienst“ ausgetauscht. Anlass waren Übergriffe und verbale und körperliche Anfeindungen gegen ehrenamtlich Tätige und Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Der Landtag war dem Netzwerk im vergangenen Jahr beigetreten. „#sicherimDienst“ hat das Ziel, Beschäftigte vor Gewalt zu schützen. Das Netzwerk umfasst mehr als 450 Behörden, Institutionen und Verbände und bietet Möglichkeiten zum Austausch. Dabei geht es um Praxisbeispiele und Handlungsempfehlungen. In der Verwaltung des Landtags Nordrhein-Westfalen arbeiten mehr als 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Mehr Informationen: <https://www.sicherimdienst.nrw/>

### Der Landtag als Arbeitgeber

Sie suchen nach einer neuen, herausfordernden Tätigkeit und möchten mit Ihrer Arbeit die Demokratie stärken? Die Verwaltung des Landtags unterstützt mit ihren mehr als 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Arbeit der Fraktionen und der Abgeordneten in unserem Landesparlament. Wir bieten ein breites Spektrum an beruflichen Möglichkeiten. Bei uns arbeiten zum Beispiel Juristinnen und Juristen, Verwaltungsfachleute sowie Handwerker, IT-Spezialistinnen und -Spezialisten und Redakteurinnen und Redakteure. Zudem verfügt die Landtagsverwaltung über eine eigene Personalabteilung, eine Vergabestelle und vieles mehr. Weitere Informationen zum Landtag als Arbeitgeber, den Berufsfeldern und zu den aktuellen Stellenangeboten finden Sie unter: <https://lt.nrw/Stellenangebote>

### Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe von Landtag Intern erscheint am 9. Juli 2024. Sie ist bereits ab Freitag nachmittag, 5. Juli 2024, online abrufbar unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de).



Der Präsident des Landtags, André Kuper (r.), die Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen, Prof. Dr. h.c. Barbara Dauner-Lieb, und der Künstler HA Schult bei der Übergabe.  
Fotos: Kitschenberg/Schälte

### „Justice Man“ an den Landtag übergeben

Die Kunstsammlung des Landtags ist um ein neues Werk reicher: Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat am 30. April 2024 die fast zwei Meter hohe Figur „Justice Man“ des Künstlers HA Schult offiziell in Empfang genommen. Sie war bereits am 27. April 2024 zur „Nacht der Museen“ im Landesparlament gezeigt worden. Die Skulptur besteht aus 45.000 Gesetzen. Kuper sagte: „HA Schult gelingt mit seiner Skulptur ‚Justice Man‘ ein Rückblick auf die deutsche Rechtsgeschichte. Sie ist uns im Landtag gleichzeitig eine Mahnung: Auch in einem Unrechtsstaat wie dem Dritten Reich wurde vermeintliches Recht gesprochen. Wir werden heute und in Zukunft unsere Demokratie mit allen Mitteln schützen und dafür sorgen, dass die Justiz unabhängig arbeiten kann und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung verteidigt wird. Echte Rechtsstaatlichkeit gibt es nur in Demokratien.“